

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Sinkende Rentenanwartschaften – vor allem in den neuen Bundesländern	1
Zunehmende Unterschiede im subjektiven Gesundheitszustand zwischen den Einkommens- schichten	5
Soziale Lage prägender für Lebensstile als regionale Zugehörigkeit	9
Report der „Stiglitz-Kommission“ setzt Wohlfahrtsmessung auf die öffentliche Agenda	13
„20 Jahre Fall der Mauer“ Bericht: Jahrestagung der DGS Sektion Soziale Indikatoren	14
Soziale Gerechtigkeit - ein magisches Viereck Ein Buchhinweis	15
Call for Papers: Veranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 35. Kongress der DGS	16

Sinkende Rentenanwartschaften – vor allem in den neuen Bundes- ländern

Analysen zur Entwicklung der Altersrenten in Deutschland

In der politischen Diskussion wird seit einiger Zeit eine Angleichung des Rentenrechts in den alten und neuen Bundesländern thematisiert. Momentan werden Arbeitnehmer in den ostdeutschen Bundesländern anders behandelt als Arbeitnehmer im Westen, um das unterschiedliche Lohnniveau in Ost und West bei der Berechnung der Renten auszugleichen. Eine auf Dauer angelegte unterschiedliche Behandlung der Löhne in den beiden Landesteilen war allerdings nicht vorgesehen und wäre vor dem Hintergrund weiterer regionaler Disparitäten auch schwer zur rechtfertigen. Für evidenzbasierte politische Entscheidungen und Maßnahmen werden verlässliche Datengrundlagen und Analysen benötigt. Auf der Grundlage von Daten des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) geht der vorliegende Beitrag daher der Frage nach, wie sich die Altersrenten in Deutschland in den zurückliegenden eineinhalb Jahrzehnten entwickelt haben und ob zwanzig Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit eine Angleichung der Rentenniveaus stattgefunden hat.

Im Oktober 1990 erfolgte mit dem Beitritt der DDR zur BRD eine Transformation der Rechtsordnung. Der Beitritt ermöglichte rund 3,8 Mio. Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR eine Eingliederung in die gesetzliche Rentenversicherung (gRV), ohne Beiträge in dieses System abgeführt zu haben. Diese Form der Eingliederung ist ein Indiz für eine enorme kollektive Solidarität im vereinten Deutschland. Bei Neurentnern werden Löhne und Erwerbsbiografien zu DDR-Zeiten im Grundsatz so behandelt, als ob sie im damaligen Westdeutschland gelebt hätten.

In der gRV werden die Anwartschaften der Versicherten in Entgeltpunkten bemessen. Sie werden dadurch bestimmt, dass jährliche individuelle rentenversicherungspflichtige Einkommen durch das jährliche versicherte Durchschnittsentgelt dividiert werden; es handelt sich dabei daher um eine dimensionslose (preisbereinigte) Größe, die als relative Wohlstandsposition interpretiert und als sozialer Indikator verwendet werden kann.

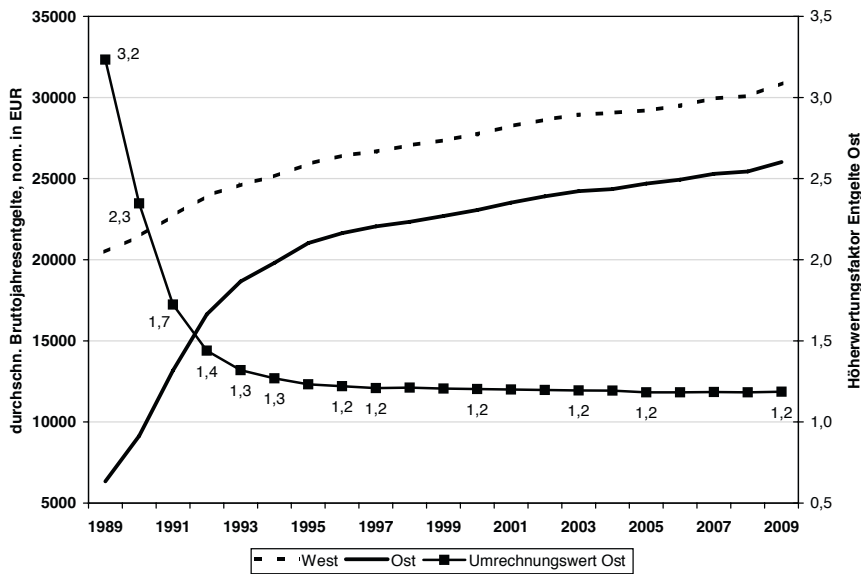
Die sich über die Erwerbsbiografie ergebende Summe dieser Entgeltpunkte stellt – im Unter-

schied zu retrospektiv in Umfragen erhobenen Einkommensdaten – eine valide Messgröße für die Höhe der individuellen Anwartschaften in der gRV dar; allerdings wird die Spanne der Entgeltpunkte nach oben durch die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) begrenzt¹.

Die im Folgenden dargestellten Befunde betreffen die monatlichen persönlichen Entgeltpunkte der Versicherten. Wird die Summe der persönlichen Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert² (Ost bzw. West) multipliziert, ergibt sich näherungsweise die Höhe der monatlichen Altersrente.

Gegenstand der Betrachtung sind Versicherte mit erstmaligem Rentenbezug, die 60 Jahre und älter sind. Wir beziehen uns ausschließlich auf in Deutschland wohnende Bezieher (sogenannte Inlandsrentner) einer vollen Altersrente ohne Versorgungsausgleich. Ferner werden ausschließlich „eigene“ Altersrenten berücksichtigt, d. h. Hinterbliebenenrenten bleiben unberücksichtigt. Für die durchgeführten Zeitreihenanalysen werden Querschnittsdatensätze der Rentenzugangstatistik der Jahrgänge 1993, 1998 und 2003-2008 verwendet,

Grafik 1: Nominale jährliche Bruttodurchschnittslöhne (linke Skala) in den alten und neuen Bundesländern und Höherwertung (rechte Skala, 1989 – 2009)



Datenbasis: DRV, Rentenversicherung in Zeitreihen 2009, geschätzte Werte für 2009, eigene Berechnungen.

Tendenz: niedrigere Anwartschaften bei jüngeren Rentenzugangskohorten

Für männliche Neurentner in den alten Bundesländern ergibt sich aus der Analyse ein tendenzieller Rückgang ihrer Entgeltpunkte: Die Anwartschaften des sogenannten Medianrentners⁴ sinken im Beobachtungszeitraum um knapp 7% auf 44 Entgeltpunkte im Jahr 2008 (Grafik 2). Damit erhalten Neurentner des Jahres 2008 im Durchschnitt vergleichsweise geringere Altersrenten als Neurentner der vorangegangenen Jahre. Diese Entwicklung betrifft insbesondere niedrige bis mittlere gRV-Renten. Nominal ergibt sich für den Zeitraum durch die Rentenanpassungen eine Steigerung der Median-Bruttorente von 1.072 EUR im Jahr 1993 auf 1.142 EUR im Jahr 2008.

Insgesamt hat die Spreizung der Entgeltpunkte durch sinkende Niedrig- und geringfügig steigende Höchstrenten zugenommen: Erreichten die untersten 10% der Neurentner 1993 noch rund 22% der Entgeltpunkte des obersten Dezils, so ist dieser Anteil bis zum Jahr 2008 auf rund 14% gesunken.

die vom FDZ-RV als faktisch anonymisierte Mikrodaten-Files aufbereitet wurden und der Wissenschaft als Scientific Use Files zur Verfügung stehen³.

Lohnniveaus weiterhin unterschiedlich

Löhne und Gehälter (im Folgenden kurz Löhne genannt) aus einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung stellen die zentralen Größen dar, die individuelle Anwartschaften in der gRV begründen. Damit bestimmen die in Entgeltpunkten ausgedrückten relativen Löhne bis zur Beitragsbemessungsgrenze sowie die Anzahl der Erwerbs- bzw. Versicherungsjahre maßgeblich die Höhe der jeweiligen Altersrenten. Der Gesetzgeber hat auf die unterschiedlichen Lohnniveaus in den alten und neuen Bundesländern im Rentenüberleitungsgesetz von 1991 mit einer Höherwertung der Ostlöhne reagiert.

Die Höherwertung der Entgelte (Ost) mit dem in Grafik 1 (rechte Skala) ausgewiesenen Faktor ist in Anlage 10, SGB VI dokumentiert und entspricht dem Verhältnis der Durchschnittslöhne zueinander. Dieser Faktor weist aus, dass in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine schnelle Lohnannäherung erfolgte, jedoch seit Mitte der 1990er Jahre bis Ende 2009 die Durchschnittslöhne im Westen gleichbleibend rund 20% höher ausfallen als jene im Osten. Erklärungsansätze zur Begründung der Lohndifferenzen in Ost und West zielen häufig auf unterschiedliche Strukturen in Bezug auf Branchen und Betriebsgrößen sowie auf Unterschiede in der Arbeitsproduktivität, die in den alten Bundesländern um etwa 20% höher ist als in den neuen.

Nach dem Rentenüberleitungsgesetz soll die Höherwertung der Entgelte (Ost) „bis zur

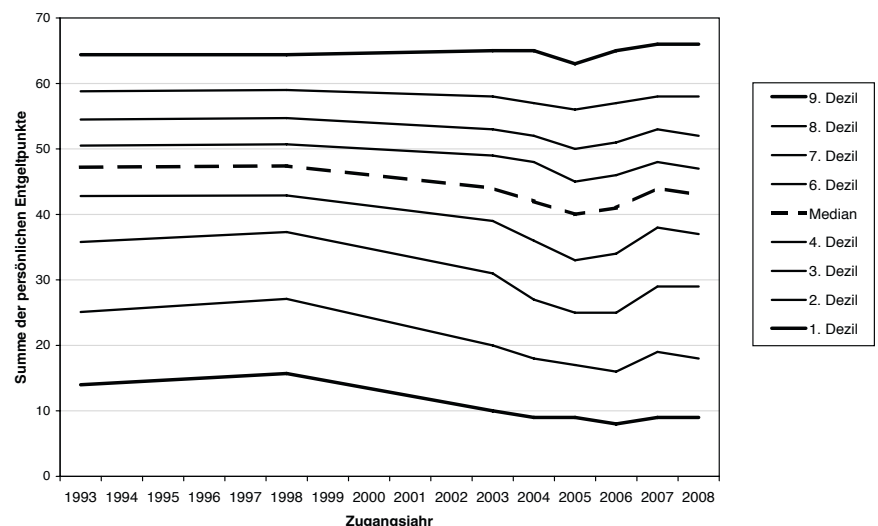
Herstellung einheitlicher Einkommensverhältnisse“ erfolgen. Durch das Zusammenwirken von unterschiedlich hohen aktuellen Rentenwerten in den alten (27,20 EUR) und neuen Bundesländern (24,13 EUR) im Jahr 2009 und der Höherwertung der Entgelte (Ost) mit rund 1,19 ergibt sich, dass ein Durchschnittsverdiener (Ost) mit 26.019 EUR Jahresentgelt im Vergleich zu einem Durchschnittsverdiener (West) mit 30.879 EUR einen um etwa 5% höheren Rentenanspruch erwirbt. Offensichtlich werden die bestehenden Ost-West-Differenzen in den Arbeitseinkommen durch die Höherwertung der Entgelte in Ostdeutschland überkompensiert.

Bei den Neurentnern der drei unteren Dezile sanken die Anwartschaften um jeweils rund fünf Entgeltpunkte. Dem gegenüber weisen die Bezirke von Altersrenten der drei höchsten Dezile in den Jahren 1993-2004 fast kontinuierlich gleichbleibend hohe Entgeltpunkte von im Durchschnitt fast 60 Entgeltpunkten auf.

Deutlicher Rückgang der Renten bei Männern in den neuen Bundesländern

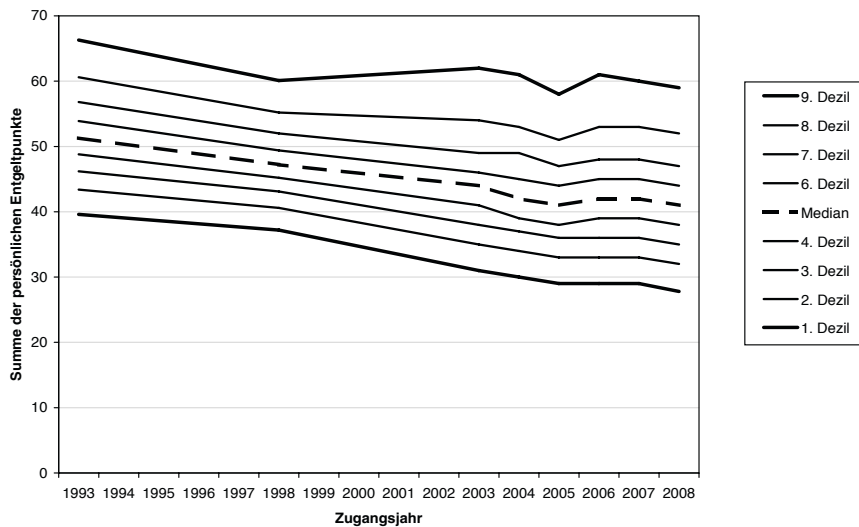
Die Neurentner in den neuen Bundesländern haben zwischen 1993 und 2008 einen deutlichen Rückgang ihrer Anwartschaften hinnehmen müssen. Die Anwartschaften des Medianrentners sind um rund 20% auf ak-

Grafik 2: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Männern in den alten Bundesländern in Dezilen (Rentenzugang: 1993-2008)



Datenbasis: FDZ-RV – SUFRTZN93XVSBB, SUFRTZN98XVSBB, SUFRTZN03-08XVSBB, eigene Berechnungen.

Grafik 3: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Männern in den neuen Bundesländern in Dezilen (Rentenzugang: 1993-2008)



Datenbasis: FDZ-RV – SUFRTZN93XVSBB, SUFRTZN98XVSBB, SUFRTZN03-08XVSBB, eigene Berechnungen.

tuell 41 Entgeltpunkte gesunken (Grafik 3). Nominal ergibt sich dennoch eine Steigerung der Median-Bruttorente von 844 EUR im Jahr 1993 auf 957 EUR im Jahr 2008.

Im Zeitverlauf hat die Spreizung der Anwartschaften zugenommen, d. h. ihre Verteilung ist ungleicher geworden: Erreichten Neurentner des untersten Dezils 1993 noch fast 60% der Entgeltpunkte des obersten Dezils, so kommen diejenigen des Jahres 2008 lediglich auf etwa 47%. Die Unterschiede innerhalb eines Rentnerzugangsjahrgangs nehmen also im Zeitverlauf zu. Anders formuliert: Je kürzer die DDR-geprägten Erwerbsbiografien (ohne Arbeitslosigkeit und mit geringer Lohnspreizung) sind, desto niedriger werden die Anwartschaften und umso höher deren Spreizung.

Von den männlichen Neurentnern in den neuen Ländern haben damit die unteren drei Dezile allein rund ein Viertel weniger Anwartschaften erworben. Aber auch bei Beziehern hoher und höchster Altersrenten (Dezember 2007-09) gingen die Anwartschaften erheblich zurück.

Anstieg der Renten von niedrigem Ausgangsniveau bei Frauen in den alten Bundesländern

Die Anwartschaften von Frauen in den alten Bundesländern haben im Beobachtungszeitraum bei der Medianrentnerin zwar um rund 22% zugenommen, doch vollzieht sich diese Zunahme vor dem Hintergrund niedriger absoluter Werte: von 11,5 im Jahr 1993 auf 15 Entgeltpunkte im Jahr 2008 (Grafik 4) oder in nominalen Eurobeträgen (Median-Bruttorente) von 261 EUR auf 398 EUR.

Ähnlich wie bei den Männern ist auch bei den Frauen in den alten Bundesländern die

absolute Spreizung der Rentenbezüge größer als in den neuen Bundesländern. Neurentnerinnen im untersten Dezil erreichten im Jahr 2008 fünf Entgeltpunkte und damit etwa 14% der Anwartschaften des obersten Dezils. Damit hat die Ungleichverteilung der Altersrenten bei westdeutschen Frauen leicht abgenommen. Anders als bei Bezieherinnen mittlerer und hoher gRV-Renten gab es bei Neurentnerinnen in den unteren drei Dezilen im Zeitverlauf aber kaum Veränderungen; die Ansprüche verharren auf niedrigem Niveau bei unter zehn Entgeltpunkten. Somit belaufen sich die gRV-Anwartschaften von knapp jeder dritten westdeutschen Frau auf weniger als zehn Entgeltpunkte. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Rentnerinnen

im Haushaltskontext unter Umständen über ihren Ehemann sowie weitere Alterseinkünfte hinreichend versorgt sein können. Dennoch ist es politischer Wille, die eigenständige Altersvorsorge von (westdeutschen) Frauen zu stärken – nicht zuletzt wegen einer zunehmenden Zahl von Scheidungen und meist fehlender Hinterbliebenversicherung bei Produkten der (staatlich geförderten) privaten wie betrieblichen Altersvorsorge.

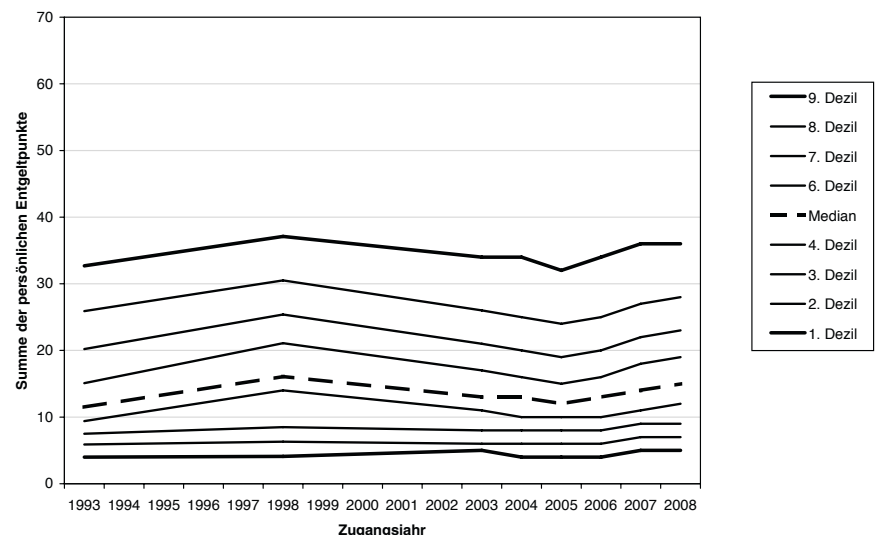
Geringfügiger Rückgang der Renten bei Frauen in den neuen Bundesländern

Die persönlichen Entgeltpunkte von Frauen in den neuen Bundesländern sind im untersuchten Zeitraum geringfügig gesunken, bei der Medianrentnerin von 31 im Jahr 1993 auf 29 im Jahr 2008 (Grafik 5). In nominalen Beträgen entspricht dies einer Median-Bruttorente von 447 EUR in 1993 und 677 EUR in 2008. Während die gRV-Ansprüche in den oberen beiden Dezilen tendenziell anstiegen, nahmen die Altersrenten für Neurentnerinnen in den unteren Entgeltgruppen ab.

Ähnlich wie bei den männlichen Neurentnern in den neuen Bundesländern sind auch bei den Frauen die Unterschiede zwischen den niedrigsten und höchsten gRV-Renten vergleichsweise gering. Allerdings nahm die Spreizung erheblich zu und der Unterschied zwischen dem untersten und dem obersten Dezil ist heute rund 20% größer als 1993.

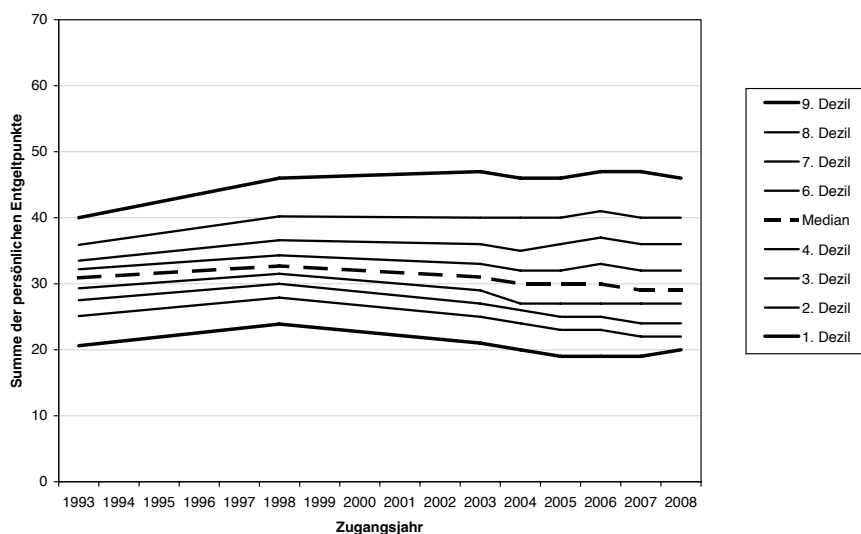
Vor allem in den Dezilen zwei und drei gehen die Entgeltpunkte in dem betrachteten Zeitraum um über 10% zurück, während die Entwicklung in den oberen drei Dezilen positiv verläuft und die Frauen im oberen Einkommensbereich Zuwächse von über 10% verzeichnen.

Grafik 4: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Frauen in den alten Bundesländern in Dezilen (Rentenzugang: 1993-2008)



Datenbasis: FDZ-RV – SUFRTZN93XVSBB, SUFRTZN98XVSBB, SUFRTZN03-08XVSBB, eigene Berechnungen.

Grafik 5: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Frauen in den neuen Bundesländern in Dezilen (Rentenzugang: 1993-2008)



Datenbasis: FDZ-RV – SUFRTZN93XVSBB, SUFRTZN98XVSBB, SUFRTZN03-08XVSBB, eigene Berechnungen.

Spreizung der Altersrenten hat seit der Wiedervereinigung zugenommen

Vergleicht man die vier Untersuchungsgruppen insgesamt, so fallen einige Besonderheiten auf: Bis auf die Entwicklung bei den Frauen in den alten Bundesländern nimmt die Höhe der erworbenen gRV-Anwartschaften im Zeitverlauf ab und die Ungleichheit der eigenen Altersrenten nimmt zu.

Der Rückgang der Anwartschaften ist bei Männern in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt: Während Männer in den alten Bundesländern und Frauen insgesamt zumindest bis 1998 konstante bzw. steigende Entgeltpunkte verzeichneten, sind die Rentenansprüche der Männer in den neuen Bundesländern seit 1993 gesunken. Auf der anderen Seite handelt es sich bei den Männern in Ostdeutschland um die Gruppe mit der geringsten Spreizung der Altersrenten.

Von dem Anstieg der Rentenanwartschaften für Frauen in den alten Bundesländern profitiert das obere Drittel stärker als Bezieherinnen mittlerer und niedriger Altersrenten. Bemerkenswert ist zudem, dass die Spreizung der bezogenen Renten für diese Gruppe abgenommen hat, auch wenn sie nach wie vor deutlich höher ist als für Frauen in den neuen Bundesländern.

Wie dargestellt, spiegeln Veränderungen der Rentenanwartschaften unterschiedliche Chancen und Löhne auf dem Arbeitsmarkt wider. Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage, wie sich gesetzlich geregelte Abschläge und diesbezügliche Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen auf die Höhe der Rentenanwartschaften auswirken⁵.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die

die Modalitäten der Altersrentenzugänge definieren, wurden seit der deutschen Einheit mehrfach modifiziert. Zur Bremsung der in den 1970er und 1980er Jahren zunehmenden Frühverrentungspraxis trat 1992 das Rentenreformgesetz in Kraft. Danach kann der Bezug von Altersrenten grundsätzlich bis zu fünf Jahre vorgezogen werden, allerdings werden pro Monat eines vorgezogenen Rentenzugangs Abschläge in Höhe von 0,3% fällig; wird die Rente nach dem 65. Lebensjahr beantragt, werden Zuschläge in Höhe von 0,5% pro Monat ausbezahlt.

Hinsichtlich der Wirkung der Abschläge ist darauf hinzuweisen, dass neben rentenmindernden Abschlägen von maximal 18% bei einem um fünf Jahre vorgezogenen Rentenbeginn ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen ist. Dieser bezieht sich auf die Anwartschaftsminderung, die dadurch entsteht, dass Versicherte vor dem 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Beide Effekte zusammen genommen bewirken eine Reduzierung der Rente um rund 25%, wenn der Rentenzugang mit 60 anstelle von 65 Jahren erfolgt.

Abschläge reduzieren Altersrenten vor allem in den neuen Bundesländern

Der Anteil der von Abschlägen betroffenen Neurentner steigt im Untersuchungszeitraum insbesondere in den neuen Bundesländern tendenziell an. Rund 60% der Neurentner bzw. fast 80% der Neurentnerinnen in Ostdeutschland sind im Jahr 2008 von rentenmindernden Abschlägen betroffen; in den alten Bundesländern sind es rund 40%. Die zunehmende Zahl von Renten mit Abschlägen ist unter anderem auf das Auslaufen von Vertrauensschutzregelungen zurückzuführen, spiegelt jedoch auch die regionalen Besonderheiten auf den Arbeitsmärkten für über 60-jährige Versicherte

wider. Neben der generellen Betroffenheit von Abschlägen spielt die Anzahl der Abschlagsmonate eine entscheidende Rolle: Bei den von Abschlägen betroffenen Neurentnerinnen stieg sie von jeweils unter 10 Monaten im Jahr 1997 bei Männern auf über 30 Monate im Jahr 2008, bei Frauen sogar auf über 40 Monate (Deutsche Rentenversicherung Bund 2009: 70/71)⁶.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Betroffenheit und Höhe von Abschlägen mit der Entwicklung und Verteilung der Summe der persönlichen Entgeltpunkte assoziiert ist, dass NeurentnerInnen in den neuen Bundesländern, deren Anwartschaften erheblich gesunken sind, auch überproportional häufig von Abschlägen mit stark rentenmindernder Wirkung betroffen sind.

Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung der privaten und betrieblichen Alterssicherung deuten die Befunde auch auf weitere Risiken hin, da gerade die unteren Entgeltgruppen von dem Rückgang betroffen sind: Geringe Einkommen über längere Erwerbsphasen führen nicht nur zu niedrigen gRV-Anwartschaften, sondern mindern auch die Möglichkeiten die Sicherungslücke durch Eigenvorsorge zu schließen. Eine zunehmende Lohnspreizung oder ein Ausbau des Niedriglohnsektors erscheint daher auch aus dieser Perspektive problematisch. Auch steigende Belastungen durch die Erhöhung von Sozialabgaben und direkten wie indirekten Steuern sowie die Folgen einer sinkenden bereinigten Lohnquote reduzieren kollektive wie individuelle Möglichkeiten zur Finanzierung von Altersvorsorge und können zu Altersarmut führen (Ganßmann/Himmelreicher 2009).

Die hier aufgezeigten Entwicklungen werfen vor allem für Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern Probleme auf, weil ihre Alterseinkünfte zu 92% aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammen, im Vergleich zu 59% in den alten Bundesländern (Rentenversicherungsbericht 2009: 23). Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Bürger in den neuen Bundesländern weniger Zeit hatten, um private und/oder betriebliche Altersvorsorge zu betreiben oder Vermögen zu akkumulieren.

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung findet sich zur Rentenangleichung in den neuen und alten Bundesländern die folgende Aussage: „Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den neuen Ländern bewährt. Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“ (Koalitionsvertrag 2009: 76). Allerdings fehlen konkrete Aussagen dazu, wie diese Vereinheitlichung aussehen könnte. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen erscheint eine Vereinheitlichung des Rentenrechts solange kaum zu rechtfertigen, wie sich die Einkommensverhältnisse nicht angeglichen haben. Bei der Suche nach einer transparenten Lösung sollte aber bedacht werden, dass dies auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist.

- 1 Zur Berechnung der Anwartschaften siehe Himmelreicher/Frommert 2006: 112f.
- 2 Der aktuelle Rentenwert wird durch die Bundesregierung zum 1.7. eines Jahres festgelegt.
- 3 Zum gesamten Datenangebot siehe www.FDZ-RV.de
- 4 Damit wird hier die Höhe einer Rentenanwartschaft bezeichnet, die die Verteilung in zwei gleich große Hälften teilt.
- 5 Eine weitere institutionelle Änderung betrifft die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkünfte: Seit dem 1. Januar 2005 werden Alterseinkünfte durch das Alters-einkünftegesetz (AltEinkG) zunehmend besteuert. Durch den Grundfreibetrag sind jedoch erst vergleichsweise hohe Renten davon betroffen; daher werden Aspekte der nachgelagerten Besteuerung hier nicht weiter berücksichtigt.
- 6 Dies geschah auch aufgrund der Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen.

Deutsche Rentenversicherung Bund, 2009: *Rentenversicherung in Zeitreihen 2009*. DRV-Schriften Band 22. Berlin.

Ganßmann, Heiner, Himmelreicher, Ralf K., 2009: *Die Krise und die sozialen Sicherungssysteme*. WSI-Mitteilungen 12: 651-658.

Himmelreicher, Ralf K., Frommert, Dina, 2006: *Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut? DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 75/1: 108-130*.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 2009: *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt*.

Rentenversicherungsbericht, 2009: *Bericht der Bundesregierung*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

■ **Dina Frommert und Ralf K. Himmelreicher**
Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
 Tel.: 030 / 865-89560 und -89540
 dina.frommert@drv-bund.de
 ralf.himmelreicher@drv-bund.de

Zunehmende Unterschiede im subjektiven Gesundheitszustand zwischen den Einkommenschichten

Analysen zu einem Aspekt der gesundheitlichen Ungleichheit

Soziale Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung werden in den letzten Jahren verstärkt diskutiert. Ungeachtet eines hohen allgemeinen Wohlstandsniveaus und einer gut ausgebauten medizinischen Versorgung der Bevölkerungen bestehen in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten weiterhin ausgeprägte, sozial strukturierte Ungleichheiten in der Gesundheit und Lebenserwartung (Mackenbach 2006, Mielck 2005). Bisher gibt es allerdings nur wenige Studien, die Aussagen zur Entwicklung gesundheitlicher Ungleichheiten zulassen. Im vorliegenden Beitrag wird auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP 1994-2007) für Deutschland untersucht, ob sich soziale Ungleichheiten in der Gesundheit ausgeweitet haben.

Der Zusammenhang von Einkommen und Gesundheit wird über gesundheitswirksame Differenzen in den materiellen und psychosozialen Lebensbedingungen der Einkommensgruppen, ihr unterschiedliches Gesundheitsverhalten sowie Differenzen in ihrer gesundheitlichen Versorgung vermittelt (vgl. Bartley 2004). Nehmen Einkommensunterschiede zwischen den Einkommensgruppen zu, steht eine Ausweitung der Differenzen in gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen an und eine Zunahme gesundheitlicher Ungleichheiten ist zu erwarten. Für viele Wohlfahrtsstaaten wird seit den 1980er Jahren eine sukzessive Zunahme von Einkommensungleichheit und Einkommensarmut berichtet. Nach dem Bericht „Growing Unequal?“ (OECD 2008) hat die Einkommensungleichheit in der OECD seit den 1980er Jahren deutlich zugenommen. In Staaten wie Finnland, Schweden oder Deutschland, in denen die Einkommensungleichheiten zu Beginn des Untersuchungszeitraums verhältnismäßig gering waren, war diese Zunahme besonders stark ausgeprägt. Es steht daher in Frage, wie sich gesundheitliche Ungleichheiten in diesem Kontext entwickelt haben.

Ausweitung von Einkommensungleichheiten und Zunahme wirtschaftlicher Unsicherheiten in Deutschland

Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ermöglichen eine differenzierte Darstellung der Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland und enthalten

zusätzliche Informationen zur subjektiven Wahrnehmung der eigenen Situation durch die Einkommensbezieher. In Tabelle 1 ist die Einkommensentwicklung und der Anteil wirtschaftlicher Sorgen seit 1994 auf Basis des SOEP im Vergleich der in Quintile unterteilten Einkommensbezieher dargestellt. Verglichen werden vier Zeiträume, die mit unterschiedlichen politischen Konstellationen auf Bundesebene und wirtschaftlichen Wachstumsperioden assoziiert sind. Insgesamt zeigt sich auf dieser Datenbasis, dass sich die Einkommen in Deutschland in den letzten Jahren deutlich auseinander entwickelt haben¹. Während der Anteil der unteren drei Fünftel der Einkommensbezieher an der Einkommenssumme gesunken ist, konnte das obere Fünftel der Bevölkerung deutliche Zuwächse verzeichnen.

In vielen europäischen Ländern ausgeprägte gesundheitliche Ungleichheiten

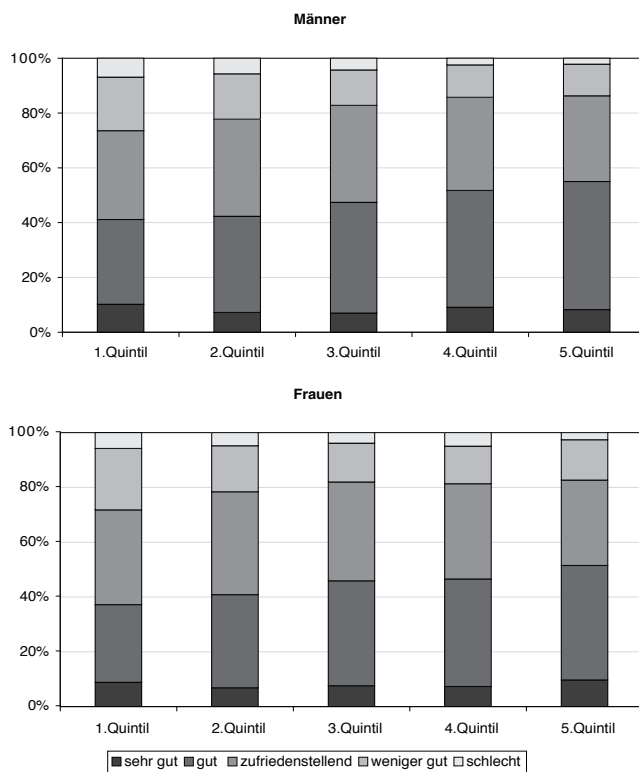
Angesichts der beschriebenen Entwicklung stellt sich die Frage, ob im Zuge der Ausweitung von Einkommensungleichheiten auch eine entsprechende Zunahme gesundheitlicher Ungleichheiten zu erwarten ist. Als gesundheitliche Ungleichheit werden Unterschiede im Gesundheitsverhalten, im Gesundheitszustand, in der Gesundheitsversorgung und in der Lebenserwartung bezeichnet, die sich an der Zugehörigkeit zu sozioökonomischen Gruppen festmachen lassen (Mackenbach 2006, Mielck 2005). Im Jahr 2004 war das Risiko gesundheitlicher Einschränkungen im ärmsten Drittel

Tabelle 1: Anteil der Einkommensquintile an der gesamten Einkommenssumme nach Zeitraum (in %)

Jahr	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Gesamt
1994-98	9	14	18	23	36	100
1999-02	10	14	18	22	36	100
2003-05	9	14	18	22	37	100
2006-07	9	14	17	22	38	100

Datenbasis: SOEP 1994-2007

Grafik 1: Subjektive Gesundheit nach Einkommensquintil und Geschlecht im Jahr 2007



Datenbasis: SOEP 2007

der Bevölkerungen der meisten europäischen Staaten zwei- bis dreifach gegenüber dem reichsten Drittel erhöht (Eikemo et al. 2008). Die vorliegenden Studien deuten zudem darauf hin, dass gesundheitliche Ungleichheiten in den letzten Jahren eher zu als abgenommen haben (Mackenbach 2006).

Für Deutschland sind gesundheitliche Ungleichheiten verschiedentlich untersucht und umfassend dokumentiert worden (vgl. Beiträge in Richter/Hurrelmann 2009, Mielck 2005). Sie manifestieren sich in gesundheitsbezogenen Einstellungen, im Gesundheitsverhalten sowie auch bei vielen Krankheiten und Beschwerden und kumulieren letztlich in der Lebenserwartung. Das Ausmaß der Differenzen lässt sich am deutlichsten an Unterschieden in der allgemeinen Lebenserwartung der Einkommensgruppen festmachen. Wie Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels für den Zeitraum 1995 bis 2005 ergeben haben, besteht zwischen der Lebenserwartung bei Geburt von Personen in der Armutsrisikopopulation (weniger als 60% des Medianeinkommens) und der wohlhabenden Bevölkerung (Einkommen von mehr als 150% des Medianeinkommens) eine Differenz von 11 Jahren bei Männern und 8 Jahren bei Frauen (Lampert et al. 2007). Zur zeitlichen Entwicklung gesundheitlicher Ungleichheiten liegen bisher erst wenige Analysen in Deutschland vor. Während die Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen sozioökonomischen Gruppen demnach in Westdeutschland im Vergleich der 1980er und 1990er Jahre weitgehend stabil geblieben sind (Kunst et al. 2005), deuten neuere Ergebnisse für das vereinigte Deutschland in den 1990er

Jahren eher in Richtung einer Ausweitung der Differenzen (Lampert/Kroll 2008).

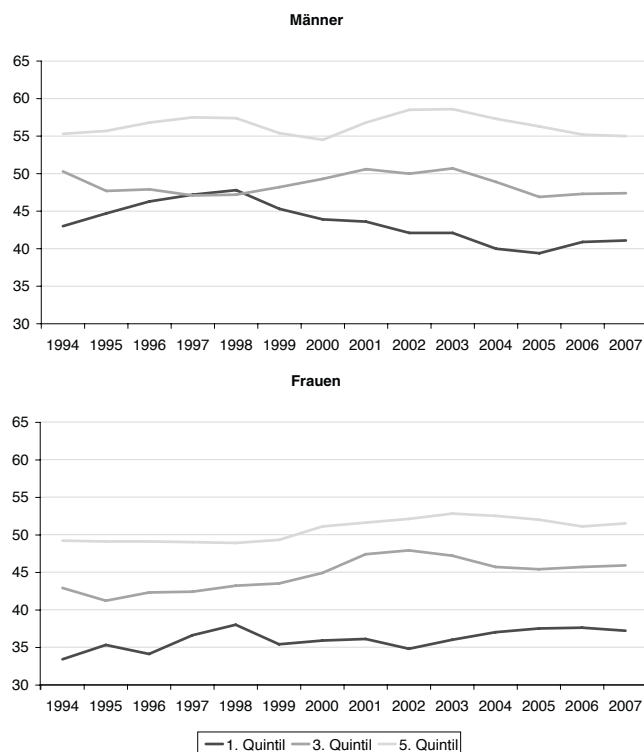
Nachfolgend wird auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)² untersucht, wie sich die Gesundheit der Deutschen

differenziert nach Einkommensgruppen in den letzten Jahren entwickelt hat. Betrachtet wird die Bevölkerung im Alter ab 18 Jahren zwischen 1994 und 2007³. Als Indikator für die gesundheitliche Lage der Bevölkerung wird auf das Maß der selbsteingeschätzten Gesundheit zurückgegriffen. Der Indikator hat sich in vielen Studien – auch unabhängig von medizinisch objektivierbaren Befunden – als guter Prädiktor für die Lebenserwartung und die Inanspruchnahme des medizinischen Versorgungssystems erwiesen. Die selbsteingeschätzte Gesundheit wird im SOEP über die Frage „Wie ist Ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand im Allgemeinen?“ erhoben. Die Antwortmöglichkeiten reichen auf einer fünfstufigen Skala von „sehr gut“ bis „schlecht“. Der Anteil von fehlenden Angaben beträgt bei diesem Merkmal lediglich 0,2%. Als Einkommensindikator wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres verwendet⁴. Einkommensvorteile aus selbstgenutztem Wohneigentum wurden nicht berücksichtigt. Es werden fünf Einkommensgruppen unterschieden, die jeweils etwa ein Fünftel der Einkommensbezieher umfassen (Einkommensquintile)⁵.

Im Jahr 2007 deutliche Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen den Einkommensgruppen in Deutschland

In Grafik 1 ist die Selbsteinschätzung des eigenen Gesundheitszustandes nach Einkommensquintilen und Geschlecht für das Jahr 2007 dargestellt. Im Vergleich der fünf Einkommensgruppen zeigt sich eine graduelle Verbesserung des Gesundheitszustandes mit zunehmendem Einkommen. So steigt der

Grafik 2: Allgemeiner Gesundheitszustand „gut“ oder „sehr gut“ nach Einkommensquintil, Jahr und Geschlecht

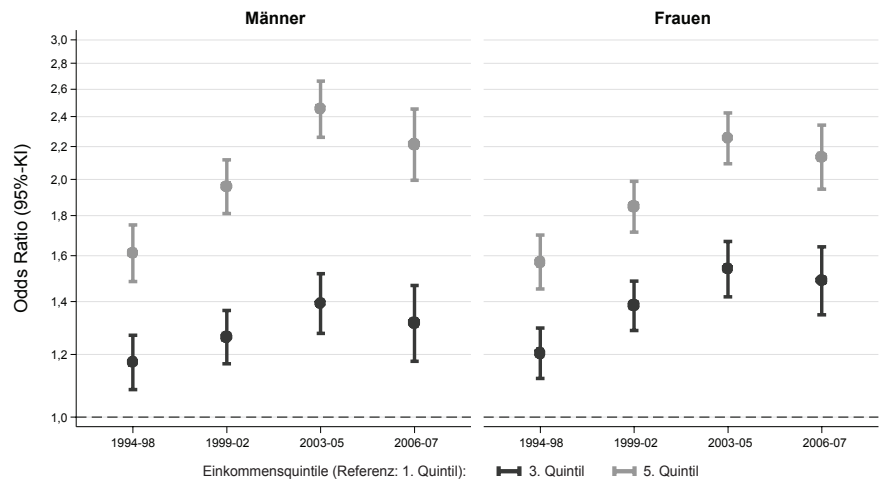


Datenbasis: SOEP 1994-2007

Anteil von Personen mit „guter“ und „sehr guter“ Gesundheit sukzessive (jeweils um 4 Prozentpunkte bei Männern und Frauen) mit zunehmendem Einkommensquintil, während der Anteil von Personen mit „weniger guter“ und „schlechter“ Gesundheit abnimmt (jeweils um 3 Prozentpunkte). Diese Form der graduellen Veränderung der Gesundheit zwischen sozio-ökonomischen Gruppen wird auch als sozialer Gradient der Gesundheit bezeichnet.

Grafik 2 zeigt die Entwicklung des Anteils von Männern und Frauen mit einem „guten“ oder „sehr guten“ allgemeinen Gesundheitszustand für das untere, mittlere und obere Fünftel der Einkommensbezieher. Zwischen 1994 und 2007 lag der Anteil von Männern und Frauen im oberen Fünftel der Einkommensverteilung durchschnittlich bei 56% bzw. 51%, im unteren Fünftel betrug die entsprechenden Anteile dagegen lediglich 43% und 36%. Im zeitlichen Verlauf ist keine wesentliche Ausweitung der Differenzen zu beobachten. Bei Männern ist im Zeitraum von 1996 bis 2005 eine leichte Zunahme der Differenzen festzustellen, während die Differenzen bei Frauen weitgehend stabil bleiben. Bei der Beurteilung dieser deskriptiven Befunde muss aber berücksichtigt werden, dass sich in den zurückliegenden Jahren die Altersstruktur der Einkommensgruppen verändert hat. Das Durchschnittsalter von Männern und Frauen im unteren Einkommensquintil lag im Jahr 1994 bei 47,3 bzw. 55,5 Jahren und im Jahr 2007 bei 47,4 bzw. 50,6 Jahren. Im oberen Quintil betrug die entsprechenden Werte dagegen 1994 noch 45,5 bzw. 46,7 Jahre und 2007 bereits 49,9 bzw. 49,9 Jahre. Es ist daher anzunehmen, dass die überproportionale Alterung der Bezieher höherer Einkommen

Grafik 3: Alterskontrollierte Chance auf einen „guten“ oder „sehr guten“ allgemeinen Gesundheitszustand nach Einkommensquintil, Zeitraum und Geschlecht



Datenbasis: SOEP 1994-2007

zu einer zunehmenden Unterschätzung von gesundheitlichen Ungleichheiten zwischen den Einkommensgruppen führt.

Gesundheitliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen haben zugenommen

Um Veränderungen in der Alterszusammensetzung in den Einkommensquintilen zu kontrollieren, werden zunächst für die einzelnen Untersuchungsjahre multivariate Analysen durchgeführt. Auf dieser Basis werden die alterstandardisierten Differenzen der Einkommensgruppen hinsichtlich ihrer subjektiven Gesundheit dargestellt (Grafik 3). Als Distanzmaß werden die Chancenverhältnisse oder ‚odds ratios‘ des mittleren und oberen Fünftels der Einkommensverteilung

verwendet; die Referenzgruppe bilden Männer und Frauen im unteren Fünftel der Verteilung⁶. Die Balken beschreiben das 95%-Konfidenzintervall der jeweiligen ‚odds ratios‘. Es werden vier Zeiträume unterschieden (1994-98, 1999-2002, 2003-05, 2006-07). Die Ergebnisse deuten bei Männern und Frauen auf eine Ausweitung der einkommensbezogenen Unterschiede in der subjektiven Gesundheit hin. Bei Männern hat die Differenz zwischen dem oberen und unteren Fünftel im Vergleich der Zeiträume 1994-98 und 2006-07 vom 1,6-Fachen auf das 2,2-Fache, bei Frauen vom 1,6-Fachen auf das 2,1-Fache zugenommen. Die Differenzen waren im Zeitraum 2003-05 besonders groß und haben sich im letzten Untersuchungszeitraum leicht verringert⁷.

Tabelle 2: Logistisches Regressionsmodell der veränderten Chance auf einen „guten“ oder „sehr guten“ allgemeinen Gesundheitszustand nach Geschlecht

Odds Ratios	Männer				Frauen			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(1)	(2)	(3)	(4)
Alter (z)	0,39***	0,39***	0,35***	0,35***	0,39***	0,40***	0,37***	0,38***
Wohnort:								
Neue Bundesländer	0,90***	0,83***	0,96*	1,09***	1,00	0,90***	1,04*	1,19***
Alte Bundesländer	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Trend	0,84***	0,85***	0,97	1,00	1,06	1,03	1,18***	1,16***
Einkommensquintil	1,42***	1,24***	0,80***	0,89**	1,47***	1,32***	0,86***	0,91*
Trend x Einkommensquintil	1,73***	1,57***	1,39***	1,28***	1,46***	1,37***	1,22**	1,21**
Bildung (CASMIN)								
1 (niedrig)		Ref.	Ref.	Ref.		Ref.	Ref.	Ref.
2 (mittel)		1,17***	1,13***	1,14***		1,23***	1,22***	1,22***
3 (hoch)		1,60***	1,50***	1,49***		1,50***	1,46***	1,45***
Wirtschaftliche Sorgen								
große			0,75***	1,00			0,73***	0,92***
keine/wenige			Ref.	Ref.			Ref.	Ref.
Zufriedenheit: HH-Einkommen			1,23***	1,05***			1,20***	1,04***
Zufriedenheit: Leben allgemein				1,58***				1,54***
Statistik								
N	108.154				116.780			
Pseudo-R ²	0,12	0,12	0,15	0,21	0,12	0,13	0,15	0,20

Legende: * p<0.05; ** p<0.01; *** p<0.001 (Robuste Varianzschätzer zur Korrektur der Autokorrelation durch Mehrfachbefragung), z: z-standardisierte Variable, Zufriedenheit: Zufriedenheit gemessen auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden),

N: Anzahl der Beobachtungen, Pseudo-R²-Maß (McFadden),

Datenbasis: SOEP 1994-2007

Ausweitung gesundheitlicher Ungleichheit ist mit Auseinanderentwicklung der Lebensbedingungen assoziiert

Im Folgenden werden die Unterschiede im subjektiven Gesundheitszustand zwischen den Einkommensgruppen im Trendverlauf untersucht. Diese Vorgehensweise erlaubt es, Konvergenzen oder Divergenzen zwischen den verschiedenen Einkommensquintilen zu identifizieren. Dazu wurden logistische Regressionsmodelle geschätzt, deren Ergebnisse in Tabelle 2 dargestellt sind. Die Modelle sind stufenweise aufgebaut, um die Mechanismen des Wandels gesundheitlicher Ungleichheiten darzustellen. Im ersten Schritt wird nur für Altersunterschiede zwischen den Einkommensgruppen kontrolliert, danach wird das Modell sukzessive um die Bildungsbeteiligung der Befragten, ihre selbstberichteten wirtschaftlichen Sorgen, ihre Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen und um ihre allgemeine Lebenszufriedenheit erweitert⁸.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die differentiellen Gesundheitschancen sowohl für Männer als auch für Frauen zwischen den Einkommensquintilen – nach Kontrolle von Altersunterschieden – seit 1994 signifikant ausgeweitet haben. Während die Chance auf einen guten oder sehr guten allgemeinen Gesundheitszustand des reichsten Fünftels der Bevölkerung im Jahr 1994 bei Männern um 42% und bei Frauen um 47% höher war als im ärmsten Fünftel der Einkommensverteilung, nahmen diese Differenzen bis zum Jahr 2007 um 73% bei den Männern und 46% bei den Frauen signifikant zu.

Hinsichtlich der Erklärung gesundheitlicher Ungleichheiten wird häufig darauf verwiesen, dass beobachtete Differenzen weniger eine Folge der Lebensumstände sozioökonomischer Gruppen, als vielmehr eine Folge ihrer selektiven Zusammensetzung ist (vgl. Einleitung in Richter/Hurrelmann 2009). Selbst nach Berücksichtigung von Bildungsunterschieden (Modell 2) betrug der Anstieg der Differenzen noch 57% bei Männern und 37% bei Frauen. Psychosoziale Mechanismen (Stress, Statusdeprivation u. ä.) wird in der sozialepidemiologischen Forschung – unabhängig von materiellen und verhaltensbezogenen Differenzen – ein großer Erklärungsbeitrag für das Ausmaß von gesundheitlichen Ungleichheiten zwischen den Einkommensgruppen beigemessen (Mackenbach 2006). Die Berücksichtigung der subjektiven Bewertung der Einkommenssituation (Modell 3) sowie der allgemeinen Lebenszufriedenheit (Modell 4) kann die Ausweitung der Differenzen allerdings nicht vollständig erklären.

Ergebnisse deuten auf Ausweitung gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland hin

Insgesamt gab es in Deutschland zwischen 1994 und 2007 eine beträchtliche Ausweitung der Differenzen im allgemeinen Gesundheitszustand zwischen den Einkommensgruppen. In anderen europäischen Staaten wurde im Vergleich der 1980er und 1990er Jahre ebenfalls eine Ausweitung gesundheitlicher Ungleichheiten

beobachtet, jedoch in geringerem Maße als in Deutschland. Die Ergebnisse der stufenweise aufgebauten Regressionsmodelle machen deutlich, dass – im Einklang mit gängigen sozialepidemiologischen Modellen (vgl. Bartley 2004) – ein Teil der Auseinanderentwicklung der Gesundheitschancen zwischen den Einkommensgruppen mit den zunehmenden Unterschieden in der materiellen und psychosozialen Lage zurückzuführen ist. Zusammenfassend ist für Deutschland auf Basis der vorliegenden Befunde zwischen 1994 und 2007 ein Auseinanderdriften der Einkommensgruppen hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Lage zu konstatieren. Die ungleiche Entwicklung der Gesundheitschancen stellt die Sozial- und Gesundheitspolitik in Zukunft vor eine große Herausforderung.

- 1 Zur Einkommensmessung vgl. die Angaben unter „Entwicklung gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland“.
- 2 Vgl. zum SOEP Wagner et al. (2007).
- 3 Den Empfehlungen des DIW folgend, wird mit einem modifizierten Gewicht für Zeitreihenanalysen (W11101\$\$) gearbeitet. Der Hochrechnungsfaktor berücksichtigt, dass die Antworten der Befragten bei erstmaliger Teilnahme an Panelstudien nicht mit ihren späteren Angaben zu vergleichen sind (Frick 2008). Insgesamt kann für den Zeitraum 1994 bis 2007 auf Angaben von 35.109 Personen bzw. auf 235.940 Beobachtungen zurückgegriffen werden.
- 4 Die Bedarfsgewichtung erfolgte auf Basis der sogenannten neuen OECD-Formel, die dem Haushaltsvorstand einen Gewichtungsfaktor von 1,0, jeder weiteren Person ab 14 Jahren einen Faktor von 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren einen Faktor von 0,3 zuweist.
- 5 Die Einteilung der Einkommensquintile wurde für jedes Befragungsjahr aktualisiert. Fehlende Einkommensangaben wurden durch das DIW längsschnittlich imputiert, sodass die Variable keine fehlenden Werte aufweist.
- 6 Das ‚odds ratio‘ (Chancenverhältnis) ist ein Assoziationsmaß für den Zusammenhang zwischen einer binären abhängigen Variablen (Y) und einer erklärenden Variablen (X) und wird u. a. verwendet, um die Ergebnisse logistischer Regressionen darzustellen. Es beschreibt das Verhältnis von Wahrscheinlichkeit zu Gegenwahrscheinlichkeit des abhängigen Merkmals (Y=1) im Vergleich zweier Ausprägungen der erklärenden Variable (X=a; X=b). Formel:

$$OR_{X=a, X=b} = \frac{\frac{P(Y=1|X=a)}{P(Y=0|X=a)}}{\frac{P(Y=1|X=b)}{P(Y=0|X=b)}}$$

- 7 Die Unterschiede zwischen den Einkommensquintilen sind für die jeweiligen Untersuchungsjahre signifikant. Aussagen zur statistischen Signifikanz der Veränderung seit 1994 lassen sich aus der Darstellung nicht ableiten.
- 8 Das Untersuchungsjahr wurde in die kontinuierliche Variable „Trend“ rekodiert (1994=0; 1995≈0,077... 2007=1) standardisiert. Mit dem „Einkommensquintil“ wurde gleichermaßen verfahren (1. Quintil=0; 2. Quintil =

0,25... 5. Quintil=1). Diese Transformation der Variablen hat den Vorteil, dass ihre Regressionskoeffizienten die Veränderung der Gesundheitschancen zwischen 1994 und 2007 und den Einkommensgradienten im allgemeinen Gesundheitszustand abbilden. Der Interaktionseffekt aus beiden Variablen („Trend x Einkommensquintil“) beschreibt dementsprechend das Ausmaß der relativen Ausweitung des Einkommensgradienten zwischen dem ersten und fünften Quintil im Zeitraum von 1994 bis 2007.

- Bartley, Mel, 2004: *Health inequality: An introduction to theories, concepts, and methods*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Eikemo, Terje A., Bambra, Claire, Joyce, Kerry, Dahl, Espen, 2008: *Welfare state regimes and income-related health inequalities: a comparison of 23 European countries*. *The European Journal of Public Health* 18 (6): 593-599.
- Frick, Joachim R., 2008: *SOEP-Monitor. Zeitreihen zur Entwicklung von Indikatoren zu zentralen Lebensbereichen Beobachtungszeitraum: 1984-2007*. DIW, Berlin.
- Kunst, Anton E., Bos, Vivian, Lahelma, Eero, Bartley, Mel, Lissau, Inge, Regidor, Enrique, Mielck, Andreas, Cardano, Mario, Dalstra, Jetty A. A., Geurts, Jose J. M., Helmer, Uwe, Lennartsson, Carin, Ramm, Jorun, Spadea, Teresa, Stronegger, Willibald J., Mackenbach, Johan P., 2005: *Trends in socioeconomic inequalities in self-assessed health in 10 European countries*. *International Journal of Epidemiology* 34 (2): 295-305.
- Lampert, Thomas, Kroll, Lars Eric, Dunkelberg, Annalena, 2007: *Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42: 11-18.
- Lampert, Thomas, Kroll, Lars Eric, 2008: *Zeitliche Entwicklung der gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland und anderen europäischen Ländern*. *Public Health Forum* 16 (2): 1-3.
- Mackenbach, Johann P., 2006: *Health Inequalities: Europe in Profile*. Rotterdam: UK Presidency of the EU.
- Mielck, Andreas, 2005: *Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten*. Bern: Verlag Hans Huber.
- OECD, 2008: *Growing unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. COUNTRY NOTE: GERMANY.
- Richter, Matthias, Hurrelmann, Klaus, 2009: *Gesundheitliche Ungleichheit: Grundlagen, Probleme, Perspektiven*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagner, Gerd G., Frick, Joachim R., Schupp, Jürgen, 2007: *The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements*. *Schmollers Jahrbuch* 127 (1): 139-169.

■ **Lars Eric Kroll und Thomas Lampert**
Robert Koch-Institut, Berlin
 Tel.: 030 / 18754-3909 und -3304
 KrollI@rki.de
 LampertT@rki.de

Soziale Lage prägender für Lebensstile als regionale Zugehörigkeit

Raumstrukturelle Analysen zu Mustern der Lebensführung in Deutschland

Die Auflösung traditioneller Sozialmilieus stellte die klassischen Schichtkonzepte in Frage und begründete eine „kulturelle“ Wende der Sozialstrukturanalyse. Der Zusammenhang von räumlichen Situationen und Lebensstilen wurde bisher kaum thematisiert, gewinnt jedoch angesichts der Auseinanderentwicklung der verschiedenen Siedlungsräume an Bedeutung. Der Anstieg der Einkommen in den Nachkriegsjahrzehnten, der Wandel der Wirtschaftsstruktur und die Verkürzung der Arbeitszeiten beinhalteten eine zunehmende Differenzierung der Verwirklichungsmöglichkeiten außerhalb der Arbeitswelt. Auch die Familienkonstellationen unterlagen einem Pluralisierungsprozess. Paarhaushalte ohne Trauschein, Alleinerziehende, homosexuelle Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften traten als Lebensform zur Ehe und Familie mit Kindern hinzu und sind heute eine Selbstverständlichkeit. Die Anhebung des Bildungsniveaus führte zu einer Steigerung von Kompetenzen und Ansprüchen, Geschmacksvarianten und Erlebensformen. Vervielfacht haben sich die Konsumgütermärkte und der Freizeitsektor, die nicht nur in der Stadt die unterschiedlichen Betätigungsmöglichkeiten bereithalten, sondern auch die Modernisierung in den Dörfern begleiten. Im Ergebnis weist die Gesellschaft eine größere Vielfalt von Lebensbereichen und Mitteln auf, mit denen Menschen sich von anderen unterscheiden und umgekehrt sich Gruppen zuordnen können, denen sie sich verbunden fühlen. In dem vorliegenden Beitrag werden Lebensstile empirisch ermittelt, und es wird untersucht, inwieweit regionsspezifische Besonderheiten des Wohnortes neben sozialstrukturellen Merkmalen als Kennzeichen von Lebensstilen zu identifizieren sind.

Raumstrukturelle Komponenten von Lebensstilen kaum erforscht

Die raumstrukturelle Komponente von Lebensstilen ist in der Forschung eher unterbelichtet, obwohl ein Zusammenhang hoch plausibel erscheint. So beinhalten unterschiedliche Räume unterschiedliche Möglichkeiten der Versorgung, unterschiedliche Regionen haben unterschiedliches ökonomisches Potential und lokale Traditionen prägen Mentalitäten und Verhalten. Zudem ziehen bestimmte Images von Orten und Regionen bestimmte Lebensstile an und stoßen andere ab, wie z. B. Stadt – Land, Stadtrand – Innenstadt, Alpen – Flachland.

Im Folgenden soll einerseits empirisch überprüft werden, inwieweit Ost-West-Unterschiede in den Lebensstilen zu beobachten sind, und andererseits, ob regionale und Stadt-Land-Differenzierungen die Ost-West-Unterschiede überlagern. Es wird die Hypothese vertreten, dass aufgrund unterschiedlicher objektiver Lebensbedingungen, Traditionen und individueller Ressourcen Lebensstilunterschiede zwischen beiden Landesteilen fortbestehen. Die Differenzierung von Stadt und Land dürfte ebenfalls typische Betätigungsmuster hervorbringen, entlang der Achse häusliche – außerhäusliche Betätigungen.

Die Analysen zu regionalen Variationen von Lebensstilen beruhen auf Analysen des „Sozio-ökonomischen Panels“ (SOEP) von 2008. Dieser Zugang erschließt repräsentative Aussagen zur Verbreitung von Lebensstilen bis auf Länderebene. Werden die Daten kleinräumiger differenziert, sind die Angaben nicht mehr

repräsentativ für die jeweilige Einheit, z. B. ländliche Regionen. Das SOEP ist eine umfangreiche jährliche repräsentative Panel-Befragung der bundesdeutschen Wohnbevölkerung und wird seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin erhoben. In der aktuell verfügbaren Erhebungswelle 2008 werden Informationen von insgesamt 16.302 Personen einbezogen. Die Lebensstiloperationalisierung im SOEP stützt sich auf die Variablengruppen aus dem Bereich Wertorientierungen und Freizeitverhalten. Insgesamt handelt es sich um 27 Lebensstilindikatoren, die sich auf die „Wichtigkeit bestimmter Lebensbereiche“ (z. B. Arbeit, Familie, Gesundheit oder Religion) für das Wohlbefinden, d. h. die evaluative Ebene der Wertorientierungen, beziehen. Zum anderen wurden 18 Variablen zur „Häufigkeit bestimmter Freizeitaktivitäten“ verwendet (z. B. Ausflüge, ehrenamtliche Tätigkeiten, Gartenarbeit oder Sport), die sich auf die expressive und interaktive Ebene von Lebensstilen beziehen.

In diesem Beitrag werden ausgewählte Wertorientierungen und Freizeitaktivitäten wie auch eine Lebensstiltypologie differenziert für West- und Ostdeutschland, Ländergruppen und dem siedlungsstrukturellen Gemeindetyp vorgestellt, den das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) entwickelt hat. Die Typisierung wird anhand der zwei Dimensionen „Verdichtung“ und „Zentralität“ vorgenommen. Mit der siedlungsstrukturellen Gebietstypisierung werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen im Hinblick auf die Versorgung mit Infrastruktur- und Kultureinrichtungen sowie öffentlichen Verkehrsmitteln abgebildet.

West-Ost-Differenzierung wichtiger für Lebensstilkomponenten als regionale Unterschiede

Um die Unterschiede im Freizeitverhalten darzustellen, werden fünf Items ausgewählt, die häusliche und außerhäusliche, alltägliche und weniger alltägliche Aktivitäten umfassen: „Essen, trinken gehen“; „Nachbarn, Freunde besuchen“; „PC-Nutzung“; „Basteln, Garten-, Handarbeiten“ sowie „ehrenamtliche und Vereinstätigkeiten“ (Tabelle 1).

Die größten Unterschiede zeigen sich bei den Restaurant- und Kneipenbesuchen, die in Ostdeutschland seltener ausgeübt werden (23% zu 12%). Umgekehrt verhält es sich bei Aktivitäten im Bereich „Basteln, Hand- und Gartenarbeit“, die in Ostdeutschland häufiger zu beobachten sind (48% zu 39%), obwohl die Eigenheimquote im Westen höher liegt. „Nachbarn, Freunde besuchen“ spielt wiederum in den alten Ländern eine stärkere Rolle (43% zu 35%). Geringe Unterschiede gibt es bei „Computerbeschäftigungen“ und auch beim „ehrenamtlichen Engagement“. Bei den Werthaltungen sind sich West- und Ostdeutsche ähnlicher als in ihren Freizeitaktivitäten.

Betrachtet man die genannten Freizeitaktivitäten und Werthaltungen nach Ländergruppen (die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Westberlin wurden zusammengefasst und Nachbarländer gruppiert, wie z. B. Baden-Württemberg und Bayern zu Westdeutschland Süd) spiegelt sich urbanes Leben erwartungsgemäß vor allem in den Angaben der Bewohner von Stadtstaaten wider. Häufig werden Restaurants, Cafés und Kneipen besucht, während Aktivitäten wie hauszentriertes Basteln, Handwerken, Gartenarbeit selten genannt werden. Für Westdeutschland-Nord, das die Flächenstaaten Niedersachsen und Schleswig-Holstein umfasst, sind bei den Werten ebenfalls nur minimale Differenzen feststellbar, wenig überraschend wird das Item Basteln, Handwerken etwas häufiger genannt. Westdeutschland-Mitte entspricht mehr oder weniger dem Durchschnitt, was nicht zuletzt dem großen Bevölkerungsanteil und der vielfältigen Siedlungsstruktur geschuldet ist. Die südlichen westdeutschen Länder weisen als Besonderheit die gleich stark ausgeprägte Vorliebe für „Essen und Trinken gehen“ wie Stadtstaaten auf. Hier können lokale Traditionen und auch die hohe Wirtschaftskraft mit höheren Löhnen eine Erklärung bieten. In Ostdeutschland sind lediglich bei zwei Aktivitäten Unterschiede zu erkennen, bei dem Besuch von Freunden, der im Norden häufiger angegeben wird, und beim Ehrenamt, das im Süden intensiver betrieben wird.

Wie verhält es sich mit Freizeitaktivitäten und Wertorientierungen nun auf der Ebene der Gemeindetypen? Im unteren Teil von Tabelle 1 werden Ergebnisse für Gemeindetypen (nach BBSR) dargestellt: Von Kernstädten in Agglomerationen über Ober- und Mittelzentren aus (hoch-)verdichteten Agglomerationen, bis hin zu ländlichen Orten aus allen Regionstypen.

Hier wird nicht nach West- und Ost-, Nord- oder Süddeutschland differenziert, es geht allein um die Versorgungsmöglichkeiten, die nach Gemeindetyp variieren.

Die geringsten Auffälligkeiten zeigen sich bei Ober- und Mittelzentren und kleineren Orten in verdichteten Räumen der Agglomerationen. In Kernstädten der Agglomerationen spielt das Heimwerken eine noch geringere Rolle als in den o. g. Stadtstaaten, obwohl die Eigentümerquote höher ist (32% zu 24%). Umgekehrt wird „Ausgehen und Freunde besuchen“ häufiger genannt als in Stadtstaaten, die in sich heterogener als reine Kernstädte sind. In den kleinen Gemeinden der ländlichen Räume spielt wenig überraschend das Heimwerken eine zentrale Rolle, während Restaurantbesuche weniger bedeutsam sind. Bei den Werthaltungen sind Stadt-Land-Unterschiede wiederum kaum erkennbar.

Soziale Lage wichtiger für Lebensstil als regionale Merkmale

Zur Bestimmung von Lebensstilen ist es erforderlich die Vielzahl von Faktoren, auf denen sie beruhen, zusammenfassend zu gruppieren. Dazu wurden die Befragten in einem zweistufigen Verfahren Lebensstilgruppen zugeordnet. In einem ersten Schritt wurden auf Basis der 18 Freizeitaktivitäten und 9 Items zu Werthaltungen Faktorenanalysen durchgeführt. Auf diese Weise ergeben sich voneinander unabhängige und nicht gewichtete Dimensionen für die anschließende Clusteranalyse. Daraus ergaben sich fünf Dimensionen des Freizeitverhaltens (Beschäftigung mit dem Computer, hochkulturelle Aktivitäten, Ehrenamt, Heimwerken und Geselligkeit) sowie zwei Dimensionen bei den Werten (Selbstverwirklichung und Häuslichkeit) mit einer erklärten Gesamtvarianz von 58% bzw. 44%. Aus der sich daran

anschließenden Clusteranalyse ergibt sich die nachfolgend präsentierte Unterscheidung von sieben Lebensstilgruppen¹.

Die vergleichsweise große Lebensstilgruppe 5, die als jung und erlebnisorientiert charakterisiert werden kann, sowie die Lebensstilgruppe 1 (familienorientiert, häufiger Besuch kirchlicher Veranstaltungen) sind in Westdeutschland jeweils um drei Prozentwerte häufiger vertreten als in Ostdeutschland; umgekehrt verhält es sich bei Typ 3, den Zurückgezogenen (vgl. Tabelle 3). Mit einem Anteil von 13% in Westdeutschland und 8% in Ostdeutschland bei Gruppe 2 (ehrenamtlich in Vereinen Aktive) unterscheiden sich beide Landesteile deutlich voneinander. Die größten Differenzen zeigen sich beim sechsten Typ, der in der Freizeit sehr aktiv, aber nicht in Vereinen organisiert ist und sich um Familie und Haus kümmert. Diese insgesamt größte

Tabelle 1: Freizeit und Werte im raumstrukturellen Vergleich (in %)

	Freizeitaktivitäten					Wichtigkeiten (sehr wichtig)			
	Essen, trinken gehen	Besuche Nachbarn Freunde	Private PC-Nutzung	Basteln, Handarbeiten, Reparaturen, Gartenarbeit	Ehrenamtliche Tätigkeit	Erfolg im Beruf	Viele Reisen	Selbstverwirklichung	Kinder haben
	[Mindestens 1 mal pro Woche]	[Mindestens 1 mal pro Woche]	[Täglich]	[Mindestens 1 mal pro Woche]	[Mindestens 1 mal pro Monat]				
Westdeutschland	23	43	31	39	17	18	8	15	45
Ostdeutschland	12	35	28	48	13	20	6	14	45
Stadtstaat D-West	27	45	34	31	19	15	9	18	42
D-Nord/West	16	41	33	47	17	18	8	13	44
D-Mitte/West	21	44	32	38	16	17	7	14	47
D-Süd/West	27	43	29	39	19	19	9	16	43
D-Nord/Ost + Berlin	11	38	27	47	11	21	8	14	44
D-Süd/Ost	12	33	28	48	14	20	6	14	45
Agglomerationsräume, Kernstädte	26	47	35	29	14	18	11	16	42
Agglomerationsräume, hochverdichtet oder verdichtet: Oberzentren/Mittelzentren	20	41	33	43	15	17	7	14	47
Agglomerationsräume, hochverdichtet oder verdichtet: Sonstige	22	41	32	46	18	19	9	13	45
Verdichtete Räume: Kernstädte, Oberzentren/Mittelzentren	23	42	31	38	15	18	8	13	47
Agglomerationsräume, ländlich + verdichtete Räume, ländlich + ländliche Räume, verdichtet oder ländlich: Oberzentren und Mittelzentren	17	38	26	44	18	19	7	15	43
Agglomerationsräume, ländlich + verdichtete Räume, ländlich + ländliche Räume, verdichtet oder ländlich: Sonstige	15	38	28	54	20	18	6	14	46

Datenbasis: SOEP 2008

Gruppe hat in Westdeutschland einen Anteil von 20% und in Ostdeutschland von 27%. Die Kombination von privater Organisation, hohem Aktivitätspotential und Familienorientierung ist in Ostdeutschland häufiger anzutreffen. Von einer Gleichverteilung der

Lebensstile in West und Ost ist auch zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung nicht auszugehen. In einem nächsten Schritt wird überprüft, wie sich die Lebensstile auf die Großregionen in Deutschland verteilen, um zu sehen, ob die West-Ost-Differenzen verblasen

und durch Nord-Süd-Unterschiede überlagert werden.

Im Kontext raumstruktureller Analysen stellt sich die Frage, ob sich Lebensstile nicht nur in den alten und neuen Bundesländern unterscheiden, sondern auch hinsichtlich weiterer regionaler Merkmale. Die zusätzliche Unterscheidung zwischen nördlichen und südlichen Regionen in Deutschland zeigt, dass die Ost-West-Unterschiede zwar bestehen bleiben, aber zudem einige Auffälligkeiten sichtbar werden. Vor allem in den Stadtstaaten ist ein besonderer Mix an Lebensstilgruppen vorzufinden: Hier dominiert der Typ Selbstentfaltung, Kultur mit 28%, dessen Anteil damit mehr als doppelt so groß ist wie im Durchschnitt. Die Gruppe 4 der gesellschaftlich Distanzierten hat mit 10% einen hohen Anteil, während die zurückgezogen, sehr passiv Lebenden (Typ 3) einen geringen Anteil aufweisen. In Nordwestdeutschland fällt allein die Gruppe der aktiven Heimwerker, die selten im Verein organisiert sind, durch einen überdurchschnittlichen Anteil auf. Der Norden und Süden Ostdeutschlands unterscheidet sich stärker voneinander als die westdeutschen Ländergruppen untereinander. Im ostdeutschen Norden sind die Familien- und Kirchenorientierung (Typ 1) und der aktive, ehrenamtlich Engagierte (Typ 2) unterrepräsentiert, während im Süden der vernetzte Erlebnistyp (Typ 5) vergleichsweise selten vertreten ist.

Der Zusammenhang zwischen Lebensstilen und sozialstrukturellen sowie demografischen Merkmalen wird aus Tabelle 4 ersichtlich. Die familienorientierten, ehrenamtlich Aktiven und Bastler sind geschlechtsspezifisch geprägt, wobei die ersten beiden Gruppen einen erhöhten Frauenanteil aufweisen und Männer häufig zur letztgenannten Gruppe zählen. Das Einkommen ist für die Gruppen der Zurückgezogenen wie der Kulturorientierten in spezifischer Weise verteilt: Von Personen mit niedrigem Einkommen (1. Quintil) ist ein überdurchschnittlicher Anteil bei den Zurückgezogenen zu finden, während das höchste Quintil häufig bei den Kulturorientierten vertreten ist. Bei den übrigen Lebensstiltypen ist der Zusammenhang mit dem Einkommen weniger deutlich. Das Alter steht hingegen in einem sehr klaren Bezug zu den ermittelten Lebensstilen. Mehr als die Hälfte der bis 30-jährigen gehört den Erlebnisorientierten an und 17% dem kulturorientierten Selbstentfaltungstyp. Die ältesten Bevölkerungsgruppen verteilen sich vor allem auf die Typen Familienorientierte mit religiösem Bezug (1), Zurückgezogene (3) und gesellschaftlich Distanzierte (3). Altersspezifische Muster werden bei vier der sieben Typen vor allem in der ältesten Gruppe sichtbar. Auch Bildung korreliert klar mit den Lebensstilgruppen, wobei sich höher Gebildete tendenziell häufiger durch aktive Lebensstile auszeichnen. Entsprechend des außerhäuslichen Aktionsradius der Kultur- und Erlebnisorientierten ist der Anteil der Hauseigentümer vergleichsweise niedrig – ebenso wie bei den gesellschaftlich Distanzierten.

Tabelle 2: Lebensstiltypen in Deutschland

Typ 1: Familienorientiert, religiös

Bevölkerungsanteil: 18%

Aktivitäten: Familie, Verwandte besuchen, kirchliche, religiöse Veranstaltungen, fernsehen, basteln, reparieren

Seltene Aktivitäten: PC-, Internetnutzung

Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, Kinder;

Sozialstrukturelle Merkmale: 2/3 Frauen, 46% älter als 65 Jahre, 60 Jahre im Durchschnitt, 7%

Abitur, 300 € weniger als das mittlere Einkommen, 16% Ausländer, 59% Eigentümer

Typ 2: Aktiv, ehrenamtlich engagiert

Bevölkerungsanteil: 18%

Aktivitäten: Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, kirchliche, religiöse Veranstaltungen, künstlerische, musische Tätigkeiten, Basteln, Reparieren, Auto, Sport, Sportveranstaltungen

Seltene Aktivitäten: PC-, Internetnutzung

Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, sich gesellschaftlich einsetzen

Sozialstrukturelle Merkmale: 40% Frauen, 16 % älter als 65 Jahre, 48 Jahre im Durchschnitt, 24%

Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 400 € über dem Mittel, 7% Ausländer, 65% Hauseigentümer

Typ 3: Zurückgezogene

Bevölkerungsanteil: 13%

Aktivitäten: Fernsehen

Seltene Aktivitäten: Außerhäusliches und Geselliges

Wertorientierungen: Familie (entspricht Durchschnittswert)

Sozialstrukturelle Merkmale: 56% Frauen, 36% älter als 60, 58 Jahre im Durchschnitt, 7% Abitur,

Haushaltsnettoeinkommen 400 € unter dem Mittel, 11% Ausländer, 11% arbeitslos, 70% nichterwerbstätig, 21% Kinder im Haushalt, 42% Hauseigentümer

Typ 4: Privater Kreis, gesellschaftlich distanziert

Bevölkerungsanteil: 6%

Aktivitäten: Freunde, Nachbarn, Familie, Verwandte besuchen, fernsehen

Seltene Aktivitäten: PC-Nutzung, Heimwerken

Wertorientierungen: unbedeutend

Sozialstrukturelle Merkmale: 57% Frauen, 48% älter 65 Jahre, 62 im Mittel, 6% Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 1050 € weniger als der Durchschnitt, 10% Ausländer, 24% Hauseigentümer

Typ 5: Vernetzt, selbstverwirklichend

Bevölkerungsanteil: 17%

Aktivitäten: Essen, trinken gehen, Freunde, Nachbarn treffen, Familie besuchen, PC-, Internetnutzung, Sportveranstaltungen besuchen, Kino, Popmusik

Seltene Aktivitäten: Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, kirchliche, religiöse Veranstaltungen, basteln, reparieren

Wertorientierungen: Sich etwas leisten können, Erfolg im Beruf, Selbstverwirklichung, Welt sehen, reisen

Sozialstrukturelle Merkmale: 47% Frauen, 1% > 65 Jahre, 34 Jahre im Mittel, 23% Abitur, Haushaltsnettoeinkommen durchschnittlich, 56% Vollzeit, 13% Ausländer, 34% Hauseigentümer

Typ 6: Aktiv, Heimwerken, Familie

Bevölkerungsanteil: 21%

Aktivitäten: Hohes Aktivitätsniveau, insbesondere Basteln, Reparieren, Auto

Seltene Aktivitäten: Ehrenamt, Verbände, Vereine, Parteien, Verbände, kirchliche, religiöse Veranstaltungen

Wertorientierungen: Ehe, Partnerschaft, Kinder, sich gesellschaftlich einsetzen

Sozialstrukturelle Merkmale: 41% Frauen, 10% über 65 Jahre, Durchschnittsalter 47, 39% Kinder im Haushalt, 21% Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 400 € über dem Mittel, 54% Vollzeit, 6% Ausländer,

60% Hauseigentümer

Typ 7: Selbstentfaltung, Kultur, Reisen

Bevölkerungsanteil: 13%

Aktivitäten: Essen, trinken gehen, Ausflüge machen, künstlerisch aktiv sein, Sport treiben, Kino, Oper, Theater

Seltene Aktivitäten:

Wertorientierungen: Selbstverwirklichung, Welt sehen; unwichtig: eigenes Haus, Kinder, Kirche

Sozialstrukturelle Merkmale: 56% Frauen, 14% älter als 65 Jahre, 45 Jahre im Mittel, 11% Kinder im Haushalt, 39% Abitur, Haushaltsnettoeinkommen 300 € über dem Mittel, 54% Vollzeit, 4% Ausländer,

35% Hauseigentümer

Tabelle 3: Lebensstilgruppen nach Regionen (in %)

	Familienorientiert	Aktiv, ehrenamtlich engagiert	Zurückgezogen	Privat, gesellschaftlich distanziert	Erlebnis, Selbstverwirklichung	Aktiv, Werkeln	Kultur, Reisen
Westdeutschland	19	13	12	6	18	20	13
Ostdeutschland	16	8	15	8	15	27	11
Stadtstaat D-West	15	12	5	10	17	14	28
D-Nord/West	19	12	12	5	18	24	11
D-Mitte/West	19	12	14	6	19	20	11
D-Süd/West	20	13	11	6	16	20	14
D-Nord/Ost + Berlin	15	7	14	8	17	26	12
D-Süd/Ost	16	9	15	8	14	27	11
Insgesamt	18	12	13	6	17	21	13

Datenbasis: SOEP 2008

Tabelle 4: Lebensstilgruppen nach Regionen (in %)

	Familienorientiert	Aktiv, ehrenamtlich engagiert	Zurückgezogen	Privat, gesellschaftlich distanziert	Erlebnis, Selbstverwirklichung	Aktiv, Werkeln	Kultur, Reisen
Insgesamt	18	12	13	6	17	21	13
<i>Geschlecht</i>							
Männer	12	15	11	6	19	26	11
Frauen	24	9	14	7	15	17	14
<i>Einkommen</i>							
1. Quintil	17	10	16	7	19	22	9
2. Quintil	20	11	15	7	18	22	7
3. Quintil	23	12	14	6	15	21	10
4. Quintil	20	13	10	7	18	19	14
5. Quintil	12	14	6	4	16	22	26
<i>Alter</i>							
bis 30	5	10	3	3	51	12	17
31-45	10	13	9	3	22	31	13
46-60	17	14	15	6	8	26	13
61-75	35	11	16	10	2	16	11
76+	38	5	28	20	1	3	6
<i>höchster Bildungsabschluss</i>							
Hauptschule	27	10	19	11	12	15	6
Mittlere Reife	17	12	11	5	19	26	11
Fach-/Abitur	13	16	5	2	20	27	17
<i>Anzahl der Personen im Haushalt</i>							
1	15	8	10	17	19	10	22
2	25	10	15	4	12	21	13
3	16	13	11	3	21	27	9
4 und mehr	14	18	12	1	20	29	6
<i>Wohnstatus</i>							
Mieter	15	8	14	9	22	16	16
Eigentümer	23	16	11	3	12	27	9

Datenbasis: SOEP 2008

Bei dieser letztgenannten Gruppe ist auch der Anteil der Alleinlebenden auffällig hoch.

Im Regional- und im West-Ost-Vergleich unterscheidet sich das Freizeitverhalten deutlich stärker voneinander als die Werthaltungen. Bei Lebensstilen zeigen sich im Unterschied zu vorherigen Umfragen neue Muster (PC-, Interneterorientierung sowie ehrenamtliche Orientierung). West-Ost-Unterschiede bleiben sichtbar, z. B. beim Anteil der ehrenamtlich Aktiven. Bei dem kulturorientierten Selbstverwirklichungstyp und dem Typ des gesell-

schaftlich Distanzierten zeigen sich hingegen nur geringe Unterschiede. Bei allen Angleichungen bleiben Spezifika und regionstypische Formen der Lebensstile bestehen. Räumliche Faktoren variieren insgesamt nicht in dem Maße wie klassische Ungleichheitsmerkmale und demografische Variablen, allen voran das Alter.

1 Die den Befragten zugewiesenen Faktorwerte wurden in eine iterative Clusteranalyse mit gleitenden Mittelwerten einbezogen. Die Lösung von sieben Typen

ist differenzierungsstark und sinnvoll interpretierbar, sodass sie im Folgenden vorgestellt wird. In einem weiteren Schritt wurden kreuztabellarisch die relevanten sozialstrukturellen Merkmale der identifizierten Gruppen hinzugefügt.

■ **Annette Spellerberg**
TU Kaiserslautern
 Tel: 0631 / 2054854
 spellerb@rhrk.uni-kl.de

Report der „Stiglitz-Kommission“ setzt Wohlfahrtsmessung auf die öffentliche Agenda

Im September des vergangenen Jahres hat die sogenannte „Stiglitz-Kommission“ zur Messung von „Economic Performance and Social Progress“ der Öffentlichkeit ihren Abschlussbericht vorgestellt. Die Kommission, der neben Joseph Stiglitz mit Amartya Sen, James Heckman und Daniel Kahneman drei weitere Nobelpreisträger für Ökonomie sowie eine Reihe von hochrangigen Wissenschaftlern – vorwiegend aus den USA, Frankreich und Großbritannien – angehörten, war von dem französischen Präsidenten Sarkozy mit der Zielsetzung eingesetzt worden, das Instrumentarium der Wohlfahrtsmessung und die Bereitstellung von aussagekräftigen statistischen Informationen zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern. Der Auftrag an die Kommission lautete im Einzelnen „to identify the limits of GDP as an indicator of economic performance and social progress, including the problems with its measurement; to consider what additional information might be required for the production of more relevant indicators of social progress; to assess the feasibility of alternative measurement tools, and to discuss how to present the statistical information in an appropriate way“ (S. 7).

Mit den Empfehlungen des nahezu 300 Seiten umfassenden Berichts sollen primär vier Zielgruppen angesprochen werden: (1) Politiker, (2) sogenannte ‚policy makers‘, (3) die akademische community und Statistiker sowie (4) ‚civil society organizations‘. Eine zentrale Botschaft, die sich wie ein roter Faden durch den Bericht zieht, ist die Forderung, die statistische Beobachtung von Wirtschaft und Gesellschaft neu zu justieren und den Fokus von der Messung der ökonomischen Produktion auf die Wohlfahrtsmessung zu verlagern.

Der Report gliedert sich in drei Kapitel zu den Themen „Classical GDP Issues“, „Quality of Life“ und „Sustainable Development“, zu denen die Kommission jeweils Arbeitsgruppen eingerichtet hatte. Die detail- und materialreichen Erörterungen zu jedem dieser Themen werden zu den folgenden zwölf Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Beobachtungsinstrumentariums zusammengefasst (S. 12-18):

GDP-Issues

- When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production.
- Emphasize the household perspective.
- Consider income and consumption jointly with wealth.
- Give more prominence to the distribution of income, consumption and wealth.
- Broaden income measures to non-market activities.

Quality of Life

- Quality of life depends on people’s objective conditions and capabilities. Steps should be taken to improve measures of people’s health, education, personal activities and environmental conditions.
- Quality of life indicators in all dimensions covered should assess inequalities in a comprehensive way.

- Surveys should be designed to assess the links between various Quality of life domains for each person, and this information should be used when designing policies in various fields.
- Statistical offices should provide the information needed to aggregate across Quality of life dimensions, allowing the construction of different indexes.
- Measures of both objective and subjective well-being provide key information about people’s quality of life. Statistical offices should incorporate questions to capture people’s life evaluations, hedonic experiences and priorities in their own survey.

Sustainable Development and Environment

- Sustainability assessment requires a well-identified dashboard of indicators. The distinctive feature of the components of this dashboard should be that they are interpretable as variations of some underlying ”stocks“.
- The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage.

Die Empfehlungen knüpfen damit an die Identifizierung zentraler Schwachstellen in den wirtschafts- und sozialstatistischen Informationssystemen vieler Länder an, und eine konsequente Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen würde die Messung von Wohlfahrt und Fortschritt zweifellos voranbringen und die Informationsgrundlagen für die Politik verbessern.

Viele Vorschläge der Kommission, die aus der Sicht mancher Ökonomen und der amtlichen Statistik neu oder gar revolutionär erscheinen mögen, wie z. B. die Empfehlung, zukünftig

auch Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens als Instrumente der Wohlfahrtsmessung und eines Fortschrittsmonitorings zu berücksichtigen, erscheinen aus der Perspektive der Sozialindikatorenforschung allerdings altbekannt. So hat die Sozialindikatorenforschung, die in den 1960er Jahren selbst maßgeblich aus der schon damals weitverbreiteten Kritik an den Unzulänglichkeiten des Bruttosozialprodukts als Wohlfahrtsmaß und einer für die Lebensqualitätsmessung wenig geeigneten, vorwiegend produktions- und inputorientierten, öffentlichen Statistik hervorgegangen war, bereits in den 1970er und 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verschiedene Desiderata der Messung von Wohlfahrt und Fortschritt formuliert. Dazu gehören unter anderem der Fokus auf Individuen und Haushalte als Beobachtungsebene, eine stärkere Betonung von Ergebnissen und Outputs wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse gegenüber Inputs, die einem umfassenden Verständnis von Wohlfahrt und Lebensqualität adäquate kombinierte Betrachtung von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden sowie die damit korrespondierende Verwendung von objektiven und subjektiven Indikatoren, die besondere Aufmerksamkeit gegenüber sozialer und ökonomischer Ungleichheit und die Betonung von Verteilungsanalysen, die auf Surveydaten basierende Analyse der Konzentration oder Kumulation von Wohlfahrtserträgen und -defiziten bei bestimmten Haushaltstypen oder Personengruppen und anderes mehr.

Viele Vorschläge und Empfehlungen der „Stiglitz-Kommission“ zur Verbesserung der Wohlfahrts- und Fortschrittsmessung gehören damit nicht nur längst zum Arsenal der Sozialindikatorenforschung oder hatten dort gar ihren Ursprung, sondern sind darüber hinaus vielfach auch bereits in die Realität gesellschaftlicher Informationssysteme eingeflossen. Dazu haben die Sozialindikatorenforschung und Aktivitäten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich beigetragen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang unter anderem Systeme Sozialer Indikatoren, die differenzierte Informationen zur Beobachtung von Wohlfahrt und Fortschritt jenseits des GDP bereitstellen, Social Reports mit Daten und Analysen zur sozialen Situation und zur Entwicklung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität, wie sie seit Jahrzehnten in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern regelmäßig publiziert werden und nicht zuletzt auch eine an den Zielen der Wohlfahrtsmessung und Lebensqualitätsanalyse ausgerichteten nationalen und supranationalen Surveydateninfrastruktur außerhalb der amtlichen Statistik.

Sieht man einmal von der jüngst von der Ökonomie für sich entdeckten sogenannten „Happiness-Forschung“ ab, ist allerdings zu konstatieren, dass der Kommissionsbericht vieles von dem, was außerhalb des engen Rahmens der Ökonomie und der nationalen und supranationalen amtlichen Statistik entstanden

ist, nicht zur Kenntnis nimmt. So bleibt beispielsweise selbst die lange Tradition der angesehenen französischen Sozialberichterstattung erstaunlicherweise gänzlich unbeachtet. Weder der seit den frühen 1970er Jahren regelmäßig erscheinende Report „Données sociales : La société française“ noch das seit 1997 ebenfalls von INSEE – dem französischen Statistischen Amt – publizierte „France Portrait Social“ hat die Kommission zur Kenntnis genommen, obwohl beide Publikationen wesentliche Beiträge zur Messung von Wohlfahrt und Fortschritt in der französischen Gesellschaft jenseits von GDP und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung geleistet haben.

Wenn der Bericht der Kommission dennoch allen an Fragen der Wohlfahrtsmessung und der empirischen Beobachtung gesellschaftlichen Fortschritts Interessierten zur Lektüre zu empfehlen ist, dann insbesondere wegen verschiedener material- und kenntnisreicher Beiträge zu einzelnen Aspekten der Wohlfahrtsmessung, insbesondere den sogenannten „GDP related issues“. Diese Erörterungen sind höchst informativ und für alle an einer zeitgemäßen Betrachtung von Aspekten des materiellen Lebensstandards Interessierten unbedingt lesenswert. Dagegen fällt das Kapitel zu „Quality of Life“ deutlich ab. Es ist weit davon entfernt, den aktuellen Stand der Lebensqualitätsmessung umfassend und systematisch zu rekapitulieren – wie die Kommission allerdings selbst einschränkend bemerkt (S. 143) – nicht zuletzt deshalb, weil es offensichtlich sowohl unter einem ökonomischen als auch einem U.S.-amerikanischen Bias leidet.

Alles in allem wird man die Bedeutung des weit über die Grenzen Frankreichs hinaus – nicht zuletzt auch in den Medien – vielbeachteten Berichts nicht so sehr darin sehen können, eine umfassende und systematische Bilanz des „state of the art“ der Wohlfahrts- und Fortschrittsmessung zu ziehen oder dazu gar neue Wege zu weisen, als dieses Anliegen vielmehr stärker in den Blickpunkt von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit gerückt und mit einer Autorität versehen zu haben, die vor allem die politische Umsetzung mancher Maßnahmen zukünftig erleichtern könnte. Insofern ist es zu begrüßen, wenn die „Stiglitz-Kommission“ die Funktion ihres Berichts eher darin sieht, eine breite Diskussion zu eröffnen als die aufgeworfenen Fragen abschließend zu beantworten.

Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (www.stiglitz-sen-fitoussi.fr).

Weiterführende Links:

<http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/soziale-indikatoren/>

<http://www.gesis.org/sozialberichterstattung-europa/>

■ **Heinz-Herbert Noll, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-241
heinz-herbert.noll@gesis.org

„20 Jahre Fall der Mauer“

Bericht: Jahrestagung der DGS Sektion Soziale Indikatoren

Am 20. Jahrestag des Mauerfalls, dem 9. November 2009 begann in den Räumen des WZB die Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sie stand zum Jubiläum des Berliner Mauerfalls unter dem Motto „20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen-) Bilanz der Lebensverhältnisse in Deutschland.“ Bereits zum vierten Mal seit der Wende hat sich die Sektion Soziale Indikatoren am WZB dem Thema Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland gewidmet. Während in den ersten Jahren nach der Vereinigung das Motto der Tagungen lautete „Ungleichheit und Angleichung“, „Getrennt vereint“ oder „Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft“ sollte bei der diesjährigen Tagung anhand von sozialen Indikatoren sowie empirischen Analysen der bisherige Verlauf der Vereinigung der Lebensverhältnisse einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Im Verlauf der diesjährigen Tagung, der rund 75 TeilnehmerInnen beiwohnten, wurden deshalb erneut zentrale Lebensbereiche mit einer indikatorengestützten, und soweit wie möglich verallgemeinerungsfähigen Empirie ausgeleuchtet und die Frage gestellt, in welchen Lebensbereichen der grundgesetzliche Auftrag, die Gleichheit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen, noch nicht eingelöst ist.

Angleichung und erstarrende Differenzen

Wolfgang Scheremet (BMW) eröffnete mit dem ersten Referat zum Thema „Am Ende sind wir immer klüger – Szenarien der Ost-West-Konvergenz aus heutiger Sicht“ mit einer vorläufigen Bilanz der ökonomischen Anpassungsprozesse. Er begründete die anfängliche Überschätzung der wirtschaftlichen Angleichung vor allem mit der Vernachlässigung der durch die Währungsunion ausgelösten ungünstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Volkswirtschaft und dem damit einhergehenden drastischen Abbau der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Jan Goebel (SOEP am DIW Berlin) stellte in seinem Beitrag (zusammen mit Roland Habich und Peter Krause) anhand diverser Datenquellen die Angleichung von Einkommen und Lebensqualität dar. Sie dokumentieren für einzelne Lebensbereiche sowohl Erfolge im Anpassungsprozess beider Landesteile, zeigten aber auch auf, dass in Ostdeutschland angesichts der vielfältigen biografischen Umbrüche und den dabei ausgelösten Verunsicherungen trotz oder gerade wegen der objektiv wie subjektiv erfolgten Anpassungsleistungen vielerorts noch an stereotypen Werten und Orientierungen festgehalten wird. Elke Holst (SOEP am DIW Berlin) zeigte in ihrem Beitrag „Arbeitszeitwünsche und -realität von abhängig beschäftigten Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland 1993 bis 2007“,

dass bei den Männern kaum noch, bei den Frauen hingegen nach wie vor gravierende Unterschiede in der Erwerbsorientierung bestehen. Diese kommen insbesondere bei den Teilzeitbeschäftigten zum Ausdruck, die in Ostdeutschland im Durchschnitt nicht nur wesentlich länger, sondern auch darüber hinaus noch erheblich mehr arbeiten möchten als im Westen. Zudem zeigte sie, dass vor allem Männer ihre Arbeitszeit deutlich verkürzen möchten und die Reduktionswünsche insgesamt die Ausweitungsansprüche deutlich übertreffen. Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern) lenkte in ihrem Beitrag „Variationen von Lebensstilen in West- und Ostdeutschland“ den Fokus auf räumliche Differenzierung von Lebensstilen sowie Fragen der Zeitverwendung. Sie zeigte, dass sowohl bei Stadt-Land-Unterschieden wie bei Ost-West-Unterschieden von einem Kontinuum differenzierter Lebenspraktiken ausgegangen werden kann und bei allen Angleichungen Spezifika und regionstypische Formen der Aktivitäten bestehen bleiben. Steffi Grimm (SOEP am DIW Berlin) widmete sich (gemeinsam mit Joachim Frick) in ihrem Beitrag „Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall: Eine Analyse für die Jahre 1990 bis 2008 auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)“ einem der wenigen Lebensbereiche, in dem sowohl hinsichtlich objektiver wie subjektiver wohnrelevanter Indikatoren in Ostdeutschland eine nahezu vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in den letzten 20 Jahren an westdeutsche Vergleichswerte erfolgte. Heinz-Herbert Noll (GESIS) wies (gemeinsam mit Stefan Weick) in seinem Beitrag „Subjektives Wohlbefinden und Anspruchsniveau: Eine vergleichende Analyse der Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern“ auf Basis der SOEP-Daten nach, dass sich die Einkommenserwartungen (Aspirationsniveaus) in den neuen und alten Bundesländern kaum unterscheiden und die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auch nicht durch unterschiedliche Aspirationsniveaus erklärt werden können, sondern eher durch langfristige Einkommensniveaus.

Gründer der Sektion Soziale Indikatoren – Wolfgang Zapf – geehrt

Im Anschluss an die ersten sechs Referate fand am Abend eine Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren statt, auf der auch Neuwahlen des Vorstandes erfolgten. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig in seiner Funktion für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Der alte wie neue Vorstand der Sektion setzt sich demnach wie folgt zusammen: Dr. Susanne von Below, Dr. Roland Habich, Dr. Heinz-Herbert Noll, Prof. Dr. Annette Spellerberg sowie Prof. Dr. Jürgen Schupp (Sprecher).

Unmittelbar nach der Mitgliederversammlung wurde dem Gründer der Sektion und früheren Präsidenten des WZB für Sozialforschung, Berlin, Prof. Dr. Wolfgang Zapf der Titel des Ehrenvorsitzenden der Sektion Soziale Indikatoren verliehen. Der Sprecher der Sektion Jürgen Schupp würdigte dabei auch seine Verdienste im Prozess der Vereinigung. Hier wirkte er als institutioneller Förderer der Sozialwissenschaften, insbesondere als es darum ging, den Soziologinnen und Soziologen der ehemaligen DDR institutionelle Brücken in die Profession zu bauen.

Disparitäten der Entwicklung setzen sich sukzessive auch bei den Renten durch

Der zweite Tag der Tagung fand in den Räumen des DIW Berlin in Berlin-Mitte statt und wurde mit einem Vortrag von Roland Verwiebe (Universität Wien) und Johannes Giesecke (WZB) begonnen zum Thema „Einkommenspolarisierung in Ost- und Westdeutschland - Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel für die Jahre 1991 bis 2008“. Sie identifizierten dabei für den Beobachtungszeitraum deutliche Zuwächse der Ungleichheit, wobei ein starker Anstieg der Spreizung unterer Einkommen besonders akzentuiert in Ostdeutschland ausfällt. Zu den „Verlierern“ unter Verteilungsgesichtspunkten gehören tendenziell Arbeitslose sowie mittlere und ältere Altersgruppen in Ostdeutschland. Lars Kroll (Robert Koch Institut) präsentierte (zusammen mit Thomas Lampert) einen Beitrag zu „Entwicklung des Gesundheitszustandes und des Gesundheitsverhaltens in den letzten 20 Jahren“. Während zur Zeit des Mauerfalls noch beträchtliche gesundheitliche Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern bestanden, folgte für die Zeit bis 2007 eine zunehmende Angleichung der Lebenserwartung, des Gesundheitsverhaltens sowie der Morbidität zwischen West- und Ostdeutschland. Die verbliebenen gesundheitlichen Nachteile der ostdeutschen Bevölkerung müssen dabei im Zusammenhang mit der nachteiligeren sozialen Lage der ostdeutschen Bevölkerung bewertet werden. Seine kohortenspezifisch vorgenommene Betrachtung machte deutlich, dass zwischen den jüngeren Geburtskohorten keine ausgeprägten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland mehr bestehen. Andreas Motel-Klingenberg (Deutsches Zentrum für Altersforschung, DZA) veranschaulichte (zusammen mit Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer) in seinem Vortrag über „Lebensverhältnisse im höheren Lebensalter: Ost-West-Differenz im sozialen Wandel“, dass die ferne Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland angestiegen ist und konvergiert, wohingegen die Alterserwerbstätigkeit ohne Konvergenz auf niedrigem Niveau in beiden Teilen Deutschlands zunahm. Weiterhin belegte er, dass die Befürchtungen eines sinkenden Lebensstandards in Ost- und Westdeutschland angewachsen sind. Ralf K. Himmelreicher (Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung) ging in seinem Beitrag „Entwicklung und Verteilung der Altersrenten

in den alten und den neuen Bundesländern: Angleichung der Lebensverhältnisse oder zunehmende Ungleichheit?“ der Frage nach, ob es Angleichungen zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf Löhne und Renten gibt, die mit dem Schlagwort „Reicher Westen, armer Osten“ charakterisiert werden können. Empirisch belegbar ist die zunehmende Spreizung der Lebensarbeitseinkommen, die zu steigender Ungleichheit der Verteilung von Alterseinkommen in Ost- wie Westdeutschland führen. Disparitäten auf den ost- und westdeutschen Arbeitsmärkten setzen sich langsam aber sukzessive auch bei den Renten durch, da die ehemaligen Vollbeschäftigungsbiografien aus der Zeit in der ehemaligen DDR zunehmend durch Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen zu geringeren Rentenanwartschaften führt. Anna Klein und Sandra Legge (Universität Bielefeld) gingen dem Thema „Benachteiligungsgefühle und Identifikation in Ost- und Westdeutschland“ nach. Die empirischen Ergebnisse aus dem 2002 gestarteten Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ deuten darauf hin, dass Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland wesentlich stärker verbreitet sind als im Westen. Auch die patriotische Identifikation mit Deutschland ist im Osten offensichtlich

weniger verbreitet als im Westen. Den Abschluss der Tagung bildete ein Vortrag von Bernhard Christoph (IAB Nürnberg) zum Thema „Zur Entwicklung der Zufriedenheit in Ost- und Westdeutschland seit den 1990er Jahren: unterschiedliche Entwicklungsmuster, Gewinner und Verlierer“. Seine Sekundäranalysen von SOEP- Ergebnissen zeigen, dass sich gerade im Bereich der materiellen Lebensumstände das Niveau der Zufriedenheiten von armen und wohlhabenden Bevölkerungsgruppen unterschiedlich entwickelte: Insbesondere in Ostdeutschland geht ein Rückgang der Zufriedenheit bei Personen mit niedrigem Einkommen mit einem deutlichen Anstieg im oberen Einkommenssegment einher.

Das Veranstaltungsprogramm und die Mehrzahl der Präsentationen werden auf der Website der Sektion zum download zur Verfügung gestellt werden; eine Publikation der Tagungsbeiträge ist in Vorbereitung.

■ **Jürgen Schupp**
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Tel.: 030 / 89789-238
jschupp@diw.de

Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck

Ein Buchhinweis

In der Reihe „Forschung“ der Hans-Böckler-Stiftung ist 2009 der Band 104 „Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck“ von Irene Becker und Richard Hauser erschienen. Er widmet sich verschiedenen Facetten sozialer Gerechtigkeit und untersucht auch deren Interdependenzen. Im ersten Teil wird soziale Gerechtigkeit als magisches Viereck der Teilziele Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit beschrieben. Teilziele können sowohl komplementär als auch konkurrierend sein. Ausgehend vom Diskriminierungsverbot in Artikel 3 des Grundgesetzes werden im zweiten Teil des Buches die institutionellen Rahmenbedingungen zu außerhäuslicher Betreuung von Kindern, Bildung und Arbeitsmarkt diskutiert. Der dritte Teil hat empirische Analysen im Hinblick auf die Beurteilung von Zielerreichung zum Thema. Darin werden zu den verschiedenen Teilzielen ausgewählte Aspekte anhand empirischer Indikatoren besprochen. Themen sind u. a. Bildungsbeteiligung, Vermögen, Arbeitseinkommen, Einkommensarmut und Generationengerechtigkeit. Im vierten Teil ziehen die beiden Autoren ein Fazit für das „magische Viereck“ der sozialen Gerechtigkeit und präsentieren ihre Schlussfolgerungen. Als dringliche Maßnahmen nennen die Autoren u. a. verbesserte Angebote zur Betreuung und

Förderung von Kindern, die Aufhebung von Einschränkungen der Lernmittelfreiheit sowie die Aufhebung von Studiengebühren. Daneben wird auch auf Handlungsbedarf hinsichtlich einer verbesserten Absicherung langjähriger Beitragszahler der Rentenversicherung im unteren Einkommensbereich, der regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Höhe des Existenzminimums (nach SGB II; SGB XII) und der Förderung der tatsächlichen Inanspruchnahme zustehender Sozialleistungen hingewiesen.

Der Band der beiden Autoren, die insbesondere durch ihre wissenschaftlichen Analysen zur Armut- und Ungleichheitsthematik bekannt sind, ist durchweg zur Lektüre zu empfehlen.

Irene Becker und Richard Hauser: Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck. Ziel-dimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 104. Berlin: edition sigma 2009. ISBN: 3836087049; 308 Seiten; 19,90 €.

■ **Stefan Weick, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-245
stefan.weick@gesis.org

Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Vorankündigung: SIMon – Social Indicators Monitor

In Zusammenarbeit mit Kognito (Berlin) hat das Zentrum für Sozialindikatorenforschung (ZSi) das Online-Informationssystem SIMon entwickelt. SIMon wird den Zugang zu den Zeitreihendaten der beiden Indikatorensysteme (Deutschland und Europa) des ZSi und deren Nutzungsmöglichkeiten zukünftig entscheidend verbessern.

SIMon

- erlaubt eine einfache nutzergesteuerte Auswahl der interessierenden Indikatoren auf verschiedenen Wegen
- ermöglicht die Visualisierung der Daten in verschiedenen Grafikformaten (z.B. Liniengrafik, Histogramm, Boxplot) und die Ausgabe der Daten in Tabellenform
- bietet einfache Möglichkeiten der Datenanalyse
- ermöglicht den Export von Tabellen und Grafiken in verschiedenen Formaten und damit die Weiterverarbeitung in anderen Applikationen
- bietet effiziente Such- und Hilfefunktionen

SIMon wird in Kürze auf der Website des Zentrums für Sozialindikatorenforschung zur Verfügung stehen.

Call für Papers

„Gesellschaftliche Dauerbeobachtung und transnationale Vergesellschaftungen – Indikatoren und Analysen“

Veranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren auf dem
35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Frankfurt am Main, 11.-15. Oktober 2010

Das Thema der Sektionsveranstaltung greift das Motto des Kongresses „Transnationale Vergesellschaftungen“ auf und lädt zu Beiträgen ein, die anhand sozialer Indikatoren sowie empirischer Daten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung Fragen des sozialen Wandels sowie der soziologischen Zeitdiagnose nachgehen. Dabei sind insbesondere Beiträge willkommen, die mit Hilfe alter wie neuer sozialer Indikatoren entweder in mikrosozialen Lebensformen oder auch in makrosozialen Strukturbildungen, Herausforderungen und Fragen transnationaler Vergesellschaftung thematisieren und dabei den spezifischen Charakter gesellschaftlicher Dauerbeobachtung sozialen Wandels aufgreifen (Individuenorientierung, Outputorientierung, empirisch-quantitative Ausrichtung möglichst mit dem Anspruch der Verallgemeinerung mit Hilfe von Zeitreihen auf Basis von Querschnitterhebungen oder auf Basis von Verlaufsdaten).

Die Veranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren soll ein Forum bieten, Fragen transnationaler Vergesellschaftung mit Fragen von Lebensqualität im gesellschaftlichen Wandel nachzugehen und zu diskutieren. Erwünscht sind einerseits empirische Studien zu verschiedenen Aspekten dieser Thematik, aber auch Beiträge, die sich theoretisch mit dem Zusammenhang von Transnationalisierung sowie Lebensqualität und gesellschaftlichem Wandel auseinander setzen, sind willkommen.

Vortragsbewerbungen in Form eines 1-seitigen abstracts bitte per Email bis zum 15. April 2010 an den Sprecher der Sektion Soziale Indikatoren (jschupp@diw.de).